

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Bestellgelb.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schoenlant.**

Inserate werden die 5 gespaltene Zeilen oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonntags und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonntags und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkzeitung Leipzig.

## Leipzig, 20. Juli.

Schon wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß die der Fabrikinspektion zur Verfügung stehenden Kräfte zur Bewältigung der Arbeitslast nicht ausreichen und infolgedessen viele Fabriken bei der Revision unberücksichtigt bleiben müssen. Bei Besprechung der Jahresberichte der sächsischen Fabrikinspektoren für 1897 ist bereits angeführt worden, daß von 17 354 der Fabrikinspektion unterstehenden Anlagen nur 12 609 oder 72,7 Prozent revidiert worden sind. In den einzelnen Inspektionsbezirken ist aber das Prozentverhältnis der revidierten Betriebe sehr verschieden. So sind im Dresdener Bezirk von 2598 Betrieben nur 867 oder 33,4 Prozent einer Revision unterzogen worden. Unter dem Durchschnitt bleiben noch die Bezirke Meißen (62,4), Leipzig (66,9), Zwickau (71,4) und Chemnitz (72,4). In den übrigen acht Bezirken sind mehr als 72,7 Prozent Betriebe revidiert worden, in den Bezirken Annaberg und Wurzen sogar sämtliche Anlagen (100,0 Prozent); dann folgt Bittau mit 93,2, Aue mit 90,0, Plauen mit 87,4, Freiberg mit 80,2, Döbeln mit 78,7 und Bauen mit 76,1 Prozent. Aus diesen Biffen ist ersichtlich, daß es gerade die größeren Inspektionsbezirke Dresden, Leipzig, Zwickau und Chemnitz sind, wo am wenigsten Anlagen revidiert worden sind, während sich das Verhältnis in den kleineren Bezirken viel günstiger gestaltet. Das zeigt, daß namentlich in den größeren Inspektionsbezirken die der Inspektion zur Verfügung stehenden Kräfte ungenügend und unzureichend sind.

Eine Erklärung für diese Thatsache findet man, wenn man weiß, welche ungeheure Arbeitslast die Fabrikinspektoren durch die Kesselrevision haben. Von sozialdemokratischer Seite ist schon stets gefordert worden, daß die Kesselrevision von der Fabrikinspektion getrennt und besonderen Beamten übertragen werde. Dagegen ist angeführt worden, daß die Dampfesselrevision auf das engste mit der Gewerbeaufsichtigung zusammenhänge, da die Beaufsichtigung des Dampfesselwesens eine Art Ausfluß des Schutzes der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sei und daß gerade in Verbindung mit einer Dampfesselrevision sehr häufig eine Inspektion der übrigen Anlage verbunden sei. Auf die prinzipielle Seite der Frage, ob es richtiger ist, die Kesselrevision von der Fabrikinspektion zu trennen oder die beiden Faktoren zusammen zu belassen, soll hier nicht eingegangen werden. Das eine steht aber zweifellos fest, daß die der Fabrikinspektion zur Verfügung stehenden Kräfte nicht ausreichen und daß durch die Obliegenheiten, die die Gewerbeaufsichtsbeamten als Kesselrevisoren regelmäßig zu erfüllen haben, die eigentliche Thätigkeit dieser Beamten, die

Gewerbeaufsicht, leidet. Das wird recht augenscheinlich, wenn man weiß, daß im Dresdener Bezirk 1894 von 2073 Anlagen noch 1158 revidiert worden sind, das sind 56,5 Prozent, während im Jahre 1897 die Zahl der Anlagen auf 2598 angewachsen, von denen aber nur 867 oder 33,4 Prozent einer Revision unterzogen werden konnten. Und dieses ungünstige Resultat ist zu verzeichnen, trotzdem im Aufsichtsbezirke Dresden die Inspektion in den letzten Jahren um einen Beamten, nämlich von vier auf fünf, vermehrt worden ist.

Welche Ansprüche die Kesselrevision an die Gewerbeaufsichtsbeamten stellt, zeigt die Thatsache, daß im Inspektionsbezirke Dresden die Beamten bei 1553 Kesseln, die der Aufsicht der Gewerbeinspektion unterstanden, 1735 Amtshandlungen zu erledigen waren, nämlich 185 Gutachten über neue und veränderte Anlagen, 331 Wasserdruckproben, 220 Abnahmeuntersuchungen, 922 regelmäßige äußere Untersuchungen und 97 innere Untersuchungen. Trotzdem im Bezirke 1553 revidationspflichtige Kessel vorhanden waren, konnten nur bei 1019 äußere und innere Untersuchungen vorgenommen werden. In den anderen Bezirken stellt sich das Verhältnis weit günstiger. So wurden im Chemnitzer Bezirk bei 785 revidationspflichtigen Kesseln 748 äußere und innere Untersuchungen vorgenommen, ohne die übrigen Amtshandlungen; in Zwickau wurden bei 1399 Kesseln 1209, in Leipzig bei 1131 Kesseln 915 äußere und innere Untersuchungen vorgenommen u. c. In ganz Sachsen hatten die Gewerbeaufsichtsbeamten 11 430 Amtshandlungen in Kesselangelegenheiten zu erledigen, die Zahl der revidierten Anlagen betrug 12 609.

Diese Biffen zeigen klar, welche bedeutende Thätigkeit die Fabrikinspektoren in der Kesselrevision alljährlich zu bewältigen haben und welchen hemmenden Einfluß die Kesselrevision auf die Fabrikinspektion im engeren Sinne ausüben muß. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß nicht nur die Zahl der Fabriken, sondern auch die Zahl der zu beaufsichtigenden Kessel beständig wächst und damit sich das Verhältnis immer mehr zu Ungunsten der eigentlichen Fabrikinspektion verschiebt. Ueber die Vermehrung der Dampfessel in Sachsen giebt eine Arbeit des Geh. Regierungsrats Morgenstern in der Zeitschrift des königlich sächsischen statistischen Bureau's Auskunft. Danach betrug in den vier Kreisshauptmannschaften

	Zahl der Kessel am 1. Januar		
	1896	1897	Zunahme in Proz.
Bauen	986	887	17,80
Dresden	2186	1953	11,98
Leipzig	1882	1624	12,81
Zwickau	4015	3664	9,58

Wenn man also auf die Frage, ob die Kesselrevision von der Fabrikinspektion durchaus zu trennen sei, auf sich berufen lassen will, so zeigt doch die vorgenommene Erörterung das eine, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten bedeutend vermehrt werden muß. In der Sitzung der Zweiten sächsischen Kammer vom 11. März 1896 wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig der Staatsregierung zur Kenntnisnahme überwiesen, der dahin ging, „eine Vermehrung der Fabrikinspektoren vorzunehmen und bei künftiger Einstellung von Assistenten der Fabrik- und Gewerbeinspektoren auch geeignete Personen aus Arbeiterkreisen zu berücksichtigen“. Nach dem Etat, der damals der Kammer vorlag, betrug die Zahl der Aufsichtsbeamten 33, heute sind es deren wohl 35, also eine geringfügige Vermehrung, die dem Bedürfnis in keiner Weise Rechnung trägt. Daß aber die Vermehrung der eigentlichen Fabrikaufsichtsbeamten unbedingt notwendig ist, zeigt auch die große Zahl der alljährlich von den Fabrikinspektoren ermittelten Uebertretungen gegen Arbeiterschutzbestimmungen. So wurden im Jahre 1897 1110 Anlagen festgestellt, in denen Uebertretungen der für die jugendlichen Arbeiter und für die Kinder geschaffenen Schutzgesetze und Verordnungen zu verzeichnen waren, während gegen die Arbeiterinnenschutzbestimmungen in 258 Anlagen gefehlt wurde. Außerdem mußte die Fabrikinspektion in 11 701 Fällen im Interesse der Unfallverhütung auf Abstellung gewisser Mängel hingewirkt haben.

Es leuchtet nach dem Gesagten ohne weiteres ein, daß die eigentliche Fabrikinspektion bei der unzureichenden Zahl der Aufsichtsbeamten leiden muß, und daß sich das Uebel um so mehr verschlimmern muß, je mehr die Zahl der revidationspflichtigen Anlagen und Kessel zunimmt. Daß übrigens die Belastung der Fabrikinspektion durch die Kesselrevision auch von den Gewerbeaufsichtsbeamten zugestanden wird, zeigen Aeußerungen preussischer Fabrikinspektoren. So klagte einmal ein pommerischer Gewerbeinspektor: „Die Geschäfte der Dampfesselrevisionen nehmen fast die ganze Zeit der Gewerbeinspektoren in Anspruch; auf den eigentlichen Gewerbeaufsichtsdienst konnte leider nur eine verschwindend geringe Zeit verwendet werden.“ Der Gewerbeinspektor von Minden sagte vor einigen Jahren: „drei Viertel seiner Thätigkeit werde von der Kesselrevision beansprucht“. Ähnliche Aeußerungen ließen sich noch mehr anführen. Und so wie es in Preußen ist, ist es auch in Sachsen, und die Verhältnisse haben sich seit Jahren nicht gebessert, sondern nur verschlechtert. Die Forderung nach Vermehrung der Fabrikinspektoren wird daher immer dringlicher und sie wird nicht eher verstummen, als bis gründlich Wandel geschaffen ist.

## Seuilleton.

Verbotener Wald.

### Die Familie vom Waldhof.

Von Gustaf af Geijerstam.

Sven Ersson war jedoch nicht zufrieden. Seine Frau gebar ihm in den ersten acht Jahren ihrer Ehe zwei Töchter, aber keinen Sohn, und das grämte ihn bis ins Herz hinein, denn er wünschte sich einen Sohn, der nach ihm das Gut übernehmen und es behalten könnte, so daß es im Geschlechte verbliebe.

Bei diesem Kämersohn hatte sich eine Liebe zum Grund und Boden herausgebildet, die von ganz anderer Art war, als die, die heranwächst, wenn Generation nach Generation im Besitz von Grund und Boden gewesen ist. Er vergaß niemals, daß er von einem anderen Stamm war als die alten Bauerngeschlechter.

Er hatte seinen Vater mit der Mühe in der Hand dasitzen und den Bauern bitten sehen, sich mit dem Pins einen Monat zu gedulden, wenn das Futter knapp und die eine Kuh gestorben war. Als der Vater dann verschieden war, hatte er gesehen, wie die Mutter von Hof zu Hof ging, um hier einen Bissen Brot, dort einen Topf Milch zu erbitten.

Nun saß er selbst auf dem eigenen Hofe. Alles, was auf dem Gute war, war sein Eigentum. Er hatte niemals bei einer von den Banken eine Hypothek aufnehmen müssen, die aus Grund und Boden ihre Nahrung sogen und den

Bauern ausraubten, der seinen Namen unter ein Schriftstück setzte, dessen Bedeutung er nicht begriff. Er war Herr im Hause, das Vieh gehörte ihm, das Getreide, das auf den Aekern wuchs, die Hausgeräte, die die Zimmer füllten — alles war sein Eigentum, das mit Gottes Hilfe in seine Hand gekommen war.

Aber sein Vater hatte nichts gehabt, als er starb, sein Großvater auch nicht. Wer der Vater seines Großvaters gewesen war, danach hatte Sven Ersson nicht einmal gefragt. So lange zurückzudenken, dazu hatte er für seinen Teil keinen Anlaß gehabt.

Jetzt aber peinigte und quälte es ihn, wenn er daran dachte, daß dereinst nach seinem Tode dieses alles in fremde Hände übergehen sollte, daß er der einzige in seiner ganzen Familie sein sollte, der jemals etwas befehlen hatte, er, der wie ein Eindringling in den Besitz eines Gutes gekommen war, auf dem er damit begonnen hatte, sich für andere abzumühen und das er doch, wenn er einmal starb, fremden Händen übergeben mußte.

Wenn er im Sommerwind das reife Getreide auf diesen Aekern wogen sah, die infolge des kalkigen Bodens so reich trugen und vor allen Winden durch den nahen Wald geschützt wurden, der die Ebene einschloß, dann wandte er seine Augen von allem ab und blickte zu Boden, während er mit einem Seufzer daran dachte, wie kurze Zeit nur er über alles Herr sein würde. Es kam ihm so vor, als würde er das alles für ewig haben, wenn er nur einen Sohn hätte, der auf dem Hofe die Zügel in die Hand nehmen konnte, sobald der alte Sven Ersson selber nicht mehr im stande war, sie zu halten.

Und als er dann endlich Vater eines Sohnes wurde, da meinte Sven Ersson, jetzt hätte er endlich erreicht, was

er wollte, und jetzt könnte er sagen, daß er in jeder Beziehung Glück gehabt habe.

Se älter aber der Sohn wurde, um so deutlicher erkannte der Vater, daß Gustaf nicht ein Sohn nach seinem Herzen war.

So oft er dazu Gelegenheit fand, lief Gustaf in den Wald und konnte, wenn es darauf ankam, Tag und Nacht wegbleiben. Er verschaffte sich einen Hund, den er auf Hasen und Vögel abrichtete, und Sven Ersson pflegte zu sagen, daß der Junge es gerade so auf die staatlichen Waldungen abgesehen hätte, wie sein Großvater vor ihm. Niemals kam er ohne ein Wild heim. Bald brachte er einen Hasen, bald einen Waldvogel mit. Und im Frühjahr und Spätherbst fuhr er auf die See hinaus und schoß Eidergänse und andere Seevögel. Das gab Jedem zu seinen weichen Kissen, auf denen niemand von der Familie schlief, die aber in der oberen Wohnung aufbewahrt wurden, wo der Amtmann oder der Pastor zu schlafen pflegten, wenn einer von ihnen einmal eine Nacht auf dem Gute zubrachte. Am besten aber verstand es der Junge, Vorkühner und Auerhähne zu locken.

Er konnte mitten in der Nacht in den Wald gehen und sich an ein Gehau setzen und locken. Erst machte er das Weibchen nach, wenn es das Männchen lockt. Mit gespreizten Sterz kam der Auerhahn an, ließ sich auf eine Tanne nieder und sah sich glückend um. Gustaf schoß und nahm den großen Vogel als Beute.

Dann machte er die hellen Locktöne des Männchens nach, wenn es die Henne erwartet. Die schrägen Strahlen der Morgensonne fielen auf die schlaff niederhängenden Zweige

### Politische Uebersicht.

#### Centrum und Wahlrecht.

Ueber die Enthüllung der Berliner Volkszeitung, das Centrum werde zur Befreiung der geheimen Wahl zu haben sein, wenn gewisse Forderungen erfüllt würden, äußern sich nunmehr einige Centrumsblätter. Die Kölnische Volkszeitung fertigt die Nachricht sehr kurz und bündig als eine „thürliche Kombination“ ab und erinnert „besonders vergessliche“ Leute an den Wahlausruf des Centrums, worin es heißt:

Angriffe auf diese Rechte (die Rechte des deutschen Volkes und seiner Vertreter) insbesondere auf das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht zum Reichstage oder den Reichstag selbst werden allezeit an uns, wie bisher, entschlossene Gegner finden.

Verprechungen für Aufrechterhaltung des Wahlrechts, die vor den Wahlen gegeben werden, sind freilich allmählich so verdächtig geworden, daß sie nicht sehr beweiskräftig erscheinen. Ebenso wenig versängt der Hinweis darauf, daß Dr. Lieber in seiner berühmten Rede in Montabaur es als ein Verbrechen bezeichnet hat, dem Volke heute das Wahlrecht wieder zu nehmen. Damit wird die Bedeutung der vorhergehenden Sätze nicht abgeschwächt. Herr Lieber sagte bekanntlich auch:

Es giebt auch in unserer Partei sehr gewiegte Männer, die sagen, das Wahlrecht ist nicht ohne Bedenken. Ich kämpfe gegen diese Männer nicht. . .

Das andere Centrumsblatt, das aus Anlaß der Enthüllungen der Volkszeitung das Wort ergreift, ist die Märkische Volkszeitung. Ihre Aeußerung ist merkwürdig deswegen, weil in ihr in der Hauptsache ein harter Vorwurf gegen Lieber zum Ausdruck kommt, eine bündige Zurückweisung der Enthüllungen aber gar nicht versucht wird. Das Blatt schreibt:

Zunächst muß gesagt werden, wie widerwärtig es allgemach zu werden beginnt, daß mit fast allen centrumsfeindlichen Machenschaften neuerdings der Name des Abg. Dr. Lieber in Verbindung gebracht wird und daß dann das Centrum gewissermaßen als eine Herde bezeichnet wird, die dem Dr. Lieber nur so gedankenlos nachläuft. Diese Qualifizierung Liebers ist hauptsächlich zurückzuführen auf seine Führerschaft bei Beratung des Flotten-gesetzes, die, wie man hieraus sieht, auch nachträglich noch zu lehrreichen Betrachtungen anzuregen vermag, eine zweite Auflage aber jedenfalls nicht erfahren wird. Was man indes auch dem Dr. Lieber zutrauen mag, für so bummelhaft ist doch wohl niemand halten, daß er bei Plänen, die er etwa aushecken möchte, den Artikelschreiber der Volksztg. als Berater zuziehen würde.

Aus dieser Erklärung der Märkischen Volkszeitung geht doch aufs deutlichste so viel hervor, daß man in Centrumskreisen dem „Herrn aus Rossau“ recht zutraut und offenbar des Herrn nicht so sicher ist, daß man die Beschuldigungen gegen ihn und seine „sehr gewiegten“ Gefinnungsgenossen in Sachen des Wahlrechts von vornherein als haltlos hinzustellen sich getraute.

Es läßt sich nicht leugnen, daß gerade infolge dieser Aeußerungen der beiden Centrumsorgane die Enthüllung der Berliner Volkszeitung an Wichtigkeit gewinnt. Es muß schlimm um eine Partei stehen, die Angriffe auf Volksrechte „entschlossenen“ Widerstand zu leisten verpricht, wenn sie angesichts eines solchen Angriffs, wie er von der Volkszeitung ausgegangen ist, nicht sofort entschieden und unumwunden bestimmte Erklärungen abzugeben vermag.

### Deutsches Reich.

#### Auch eine Folge der Schließung des Biesberges.

d. Bekanntlich wurde im Ruhrkohlenrevier, mit der ausgesprochenen Absicht, den „alten Bergarbeiterverband“ zu bekämpfen, ein sogenannter christlicher Gewerkeverein gegründet. Die fortgesetzten Bemühungen der Leiter des „alten Verbandes“, wenigstens für die allgemein interessierenden Fragen, so betreffs Arbeitsordnungen, Lohnverhältnisse etc., ein Zusammengehen der beiden Verbände zu ermöglichen, scheiterten bisher. Die geistlichen Inspiratoren des Gewerkevereins erklärten fortgesetzt, ein Zusammenpaktieren mit dem „alten Verband“ sei unmöglich, Pfarrer Weber bezeichnete die Leute im „alten Verband“ offen als Todfeinde.

Doch auch hier brach der böse Wille an der Macht der Verhältnisse. Als der christliche Gewerkeverein den Arbeitern des Biesberges zu Hilfe eilte, da erkannten die Ehrenratsmitglieder des Gewerkevereins, daß ihnen die Macht aus den Händen zu gleiten begann. Brust, der Vorsitzende, ließ sich in der Biesbergfrage von der richtigen Erkenntnis der Arbeiterinteressen leiten. Als er erkannte, daß es Pflicht des Gewerkevereins sei,

den Ausständigen am Biesberg beizuspringen, da ließ sich Brust auch durch den ausgesprochenen Willen der Unternehmerfreunde im Ehrenrat nicht abhalten, er trat energisch auf. Alle vorher vielleicht aus Unkenntnis begangenen Fehler sind mit dieser That gut gemacht. Brust hatte wenigstens den Beweis erbracht, daß er dort, wo er die Arbeiterinteressen als solche erkannte, auch für sie einzutreten gefunden sei, selbst wenn dies eine Kollision mit dem Ehrenrat im Gefolge haben würde. Und der Konflikt kam. Lic. Weber und mit ihm die übrigen evangelischen Mitglieder traten aus dem Ehrenrat aus, sie sahen, daß die Arbeiter trotzdem und allem zur Einsicht kamen und auch wirklich ihr Interesse vertreten wissen wollten. Die katholischen Geistlichen im Ehrenrat mochten allerdings gute Miene zum bösen Spiel; nicht etwa weil sie mit Brusts Maßnahmen völlig einverstanden waren, sondern nur darum, weil sie noch hoffen, die ihnen aus den Händen gegliederten Zügel wieder in ihre Gewalt zu bekommen. Hoffentlich hat Brust aber nun vollständig erkannt, wessen Geistes jene Leute sind und dann weiß er ja auch, daß er der erste wäre, der an die Luft befördert würde, wenn der „Ehrenrat“ wieder aus Ruher gelangte.

Wie sehr jener verheerende Geist einwirken kann, hatte man ja zu beobachten noch während des Biesberger Ausstandes Gelegenheit gehabt. Der „alte Verband“ erklärte das Vorgehen des Gewerkevereins als ein vollständig gerechtfertigtes und bot materielle Unterstützung an. Aber jedes Angebot von Hilfe wurde, oft sogar mit verletzender Schärfe, abgelehnt. Weil die Forderungen der Biesbergleute sich im Rahmen des Berechtigten hielten, war man vielleicht der Meinung, an einer Anerkennung dieser Forderungen könne es nicht fehlen. Aber es kam zum Kampf! In einem Kampfe, der im Abgeordnetenhaus durch die vom Abg. Bäumer erhabene Forderung: **unbedingte Unterwerfung**, so grell beleuchtet und durch die Schließung des Biesberges echt kapitalistisch brutal beendet wurde. Daß die Schließung des Biesberges keine Notwendigkeit war, sondern nur aus dem Grunde angeordnet wurde, die Arbeiter zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen, ist ja jetzt offenkundig. Im letzten Geschäftsberichte der Dortmunder Handelskammer macht man aus dieser Thatfache gar kein Hehl.

Wozu auch? Mit der Verhegung der Arbeiter scheint's denn doch nicht mehr zu glücken. Im christlichen Gewerkeverein hat man eingesehen, daß es im Interesse der Arbeiter unumgänglich notwendig ist, wenigstens mit dem „alten Verband“ vereint zu schlagen, wenn man für die Folge auch ruhig getrennt weiter marschieren will. Die Antwort auf die Gewaltthat der Unternehmer wird bei der kommenden Knappschaffsälteste Wahl gegeben.

Im ganzen Ruhrrevier — zum Bochumer Knappschaffsverein gehörend — werden seitens des Gewerkevereins und des „alten Verbandes“ gemeinsame Kandidaten zur Ältestenwahl aufgestellt. Mögen die beiden Verbände für die Folge ruhig getrennt marschieren, paktieren sie in gemeinsamen Fragen zusammen, dann werden auch die Arbeiter in der Gesamtheit die Früchte davon ernten. Dieser Entwicklung wünschen wir ein kräftiges Glück auf!

#### Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Meister Gjestrup in Döstrup (Nordshleswig) vom Landgericht Flensburg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

#### Chinesisches.

**Rußlands Zustimmung zu der chinesischen Eisenbahnleihe.**  
Wie dem Reuterschen Bureau aus Peking vom 18. Juli gemeldet wird, stimmte der russische Geschäftsträger Pawloff der Anleihe, die zum Zweck der Ausdehnung der Tientsin-Schanghai-Süwan-Eisenbahn mit der Hongkong-Schanghai-Bant zu stande gekommen ist, unter der Bedingung zu, daß die chinesische Regierung verspricht, erstens keine Hypothek auf den Bahnkörper aufzunehmen, zweitens die Bahn selbst niemals an eine fremde Macht zu veräußern und drittens den Eisenbahndirektor Su zum permanenten Generaldirektor der Bahn zu ernennen.

#### Des Kaisers Jerusalemfahrt.

Die bayerische evangelische Landeskirche wird bei der Palästinafahrt des Kaisers auch vertreten sein. Der Präsident des Oberkonsistoriums soll dazu ausersehen sein.

\* Berlin, 20. Juli. Die preussische Gesetzsammlung veröffentlicht das Gesetz über das Auerbenrecht bei den Landgütern in der Provinz Westfalen. — Der angekündigte Gesetzentwurf betreffend die Disciplin der

Richter im Reichslande ist dem Landesausschuß vorgelegt worden. Die Vorlage beabsichtigt, die jetzt noch geltende französische Gesetzgebung aufzuheben und die Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes möglichst auch auf die Richter auszudehnen. —

Von zuverlässiger Seite will das Berliner Tageblatt erfahren haben, daß im Reichsfinanzamt die Arbeiten für den Entwurf eines Zolltarifs für die neuen Handelsverträge schon seit einiger Zeit im Gange sind, daß aber die Festsetzung bestimmter Zollsätze bisher noch nicht erfolgt ist. Vielmehr erstrecken sich die Vorarbeiten im Reichsfinanzamt in erster Linie darauf, für den neuen Zolltarif einen Entwurf vorzubereiten, der materiell und formell den Interessen der Industrie und des Handels hinsichtlich der Feststellung der einzelnen Positionen entspricht. Erst wenn diese ungemein zeitraubende Arbeit beendet sein wird, kann an eine Erwägung der einzelnen Zollsätze herangetreten werden. —

Das Telegramm des deutschen Kaisers an einen Bundesfürsten, in dem eine Zurückweisung enthalten ist, lautet, wie der Frankf. Zeitung gemeldet wird, nach der Neuen Bayerischen Landeszeitung, deren Redakteur die Mitteilung jedenfalls bei seinem jüngsten längeren Aufenthalt in Bad Kissingen erhielt, wörtlich folgendermaßen:

An den Regenten von Lippe-Deimold. Mein General hatte Befehl: dem Regenten, was dem Regenten gebührt, sonst weiter nichts; im übrigen verbitte ich mir den Ton, den Sie sich in Ihrem Briefe erlauben. Wilhelm I. R.

Der Grund zu dem Telegramm war eine Beschwerde des Regenten von Lippe, dessen Söhne und Töchter von den Offizieren der Garnison nicht begrüßt wurden. Als der Regent den General zu sich beschied und ihm deshalb Vorhaltungen machte, gab dieser zu verstehen, daß er seine Befehle vom obersten Kriegsherrn in Berlin und nicht vom Landesfürsten zu empfangen habe. Darauf wandte sich der gekränkte Fürst nach Berlin und erhielt das mitgeteilte Telegramm. Der Regent teilte die Ungelegenheit den übrigen Bundesfürsten mit und beauftragte den Vertreter des Fürstentums, seine Beschwerde gegen den Kaiser im deutschen Bundesrat vorzutragen.

Ueber eine neue große Militärvorlage berichten nationale-liberale Blätter. Danach ist außer der Errichtung eines vierten Eisenbahnrégimentes und dreier Telegraphenbataillone die Ergänzung der aus den vierten Bataillonen gebildeten Regimente auf drei Bataillone und eine Vermehrung und Neugliederung der Feldartillerie geplant. Es soll überhaupt die Friedenspräsenzstärke der Bevölkerungszunahme entsprechend gesteigert und für diese neue Ordnung ein Quinquennat gefordert werden.

Aus Anlaß dieser Mitteilung wird daran erinnert, daß der preussische Kriegsminister v. Höpfer am 14. Dezember 1897 im Reichstage erklärte, die teilweise Reorganisation der Infanterie habe erst 1897 stattgefunden, und er glaube nicht, daß man sich zu einer Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone entscheiden werde. Die Erklärungen preussischer Minister haben allerdings manchmal sehr kurze Beine.

Die Kölnische Zeitung stellt das militärische Uebergewicht Deutschlands über Frankreich in einem Artikel über die Rekrutierung des Jahres 1897 in Frankreich und Deutschland fest. Es wurden im vorigen Jahre in Frankreich rund 249 000 Mann zum Dienst eingestellt, in Deutschland aber 265 000 Mann, und dazu kamen noch 9800 Mann Ueberzählige. Da in Frankreich seit mehreren Jahren jeder überhaupt zum Dienste brauchbare Mann auch wirklich eingestellt wird, so bleibt dort überhaupt niemand mehr übrig, und die Aufstellung weiterer vierter Bataillone wird nur dann möglich, wenn die einzelnen Truppenteile noch schwächer als bisher gemacht werden. In Deutschland aber bleiben außer den schon erwähnten 9800 vollständig Tauglichen auch in diesem Jahre wieder zusammen 188 470 Mann übrig, die mit kleineren Fehlern behaftet, zum Dienste im Felde brauchbar sind und im Frieden zur Ersatzreserve bezw. zum Landsturm I. Aufgebotes herangezogen werden. Wenn daher, schreibt die Köln. Ztg., Frankreich auch in der nächsten Zeit mit Gedanken für Heeresvermehrung umgeht, „so hat doch Deutschland mit seinem jährlichen Gesamtüberschuß von 200 000 ein solches Uebergewicht über Frankreich erhalten, daß dort auch der wildeste Chauvin endlich zur Vernunft kommen sollte“. Wenn nur in Deutschland auch die Leute zur Vernunft kämen, die immer noch einer Vermehrung der Militärlasten schreien.

1 917 793 Stimmen, prahlt die Deutsche Tageszeitung, haben bei der Hauptwahl am 16. Juni solche Kandidaten auf sich ver-

der Tannen, bligten im Tau auf Moosen und Gräsern, und die ganze Luft dampfte von dem Duft; der aus den feuchten Tannen aufstieg. Da kam die Henne, ließ sich hier nieder und streckte kokett den Hals, um zwischen die schattigen Zweige zu sehen.

Wenn der Junge die Henne geschossen hatte, fing er ganz ruhig an zu locken, wie wenn die Henne ihre Jungen lockt. Und auf diese Weise konnte Gustav im Walde eine ganze Vogelfamilie herunterputzen, ebenso leicht, wie er als Knabe die Fichten emporgeklettert war und aus den Krähennestern die Eier und Jungen ausgenommen hatte.

Das gefiel Gustav weit besser als aufs Feld zu gehen, und wenn er nach Hause kam, war er hungrig und aß wie ein Wolf, froh, daß er Leben und Bewegung ins ganze Haus brachte. Im übrigen brachte er ja zu essen heim, seines Essens, das mehrere Tage vorhielt, wenn keine Gelegenheit war, das Wildpret fortzuschaffen und es in der Stadt oder an einen Schiffer zu verkaufen.

Wenn er aber dann wohlbehalten nach Hause gekommen und sich satt gegessen hatte, dann holte er seine Harmonika hervor, die er sich von dem Erbs seiner Jagdbeute auf einem Jahrmarkt erstanden hatte. Und dann spielte er in bunter Abwechslung traurige und lustige Weisen. Alles, was er hatte spielen oder singen hören, war er im Stande, nach dem Gehör zu spielen, ob es nun ein polnischer Tanz war oder ein Rheinländer, ein Walzer oder eine Française, ein großer Marsch oder schwere Musikstücke, wie sie die Regimentsmusik auf dem Dampfboote spielte, wenn es nach der Stadt fuhr.

Sven Ersson lachte immer, wenn er Gustav spielen hörte. „Es ist doch ein Teufelsjunge“, meinte er.

Kathrina aber, die in der Küche war und ihn stunden-

lang anhören mußte, sagte zuweilen, daß ihr ganz wirt im Kopfe würde von der ewigen Musik.

Das war eigentlich das merkwürdige an Gustav: er mochte thun, was er wollte, immer fand das ganze Haus, jeder in seiner Weise, daß er doch ein „Teufelskerl“ war. Der Vater hatte es zuerst gesagt. Denn der Vater bewunderte alles, was der Sohn that. Wenn er auch sah, daß der Junge nicht zu einer ordentlichen Arbeit auf dem Gute angehalten werden konnte, so mußte er ihn doch immer wieder gern haben.

Der Junge ging seinen eigenen Weg und kümmerte sich den Teufel darum, ob er anderen mit dem, was er that, ein Vergnügen machte oder nicht. Aber es war so viel Frische und Leben an ihm, daß alles, was er that, sich gut ausnahm und ihm stand, und deshalb vergaß Sven Ersson seinen Aerger über die Seitenprünge des Sohnes und sagte unaufhörlich: „Aber ein Teufelskerl ist er doch.“ Und wenn die anderen auch nicht daselbe sagten, so dachten doch alle auf dem ganzen Gute ebenso wie der Alte, sowohl Kathrina, als der Knecht, die Magd und die beiden Schwestern.

Wenn Gustav etwas anpakte, so ging es ihm auch schneller von der Hand als irgend einem anderen. Wenn er den Pflug führte, so war es ihm ein leichtes, ein Ackerfeld umzupflügen, und wenn auch noch soviel Gras und Disteln darauf wuchsen. Grub er einen Graben, so kam er so schnell vorwärts, daß niemand begreifen konnte, wie er es anfang. Sprengte er Steine, so kam er mit dem Bohrer mit unerreichbarer Schnelligkeit auf den Grund, und die Steine flogen, wenn er abfeuerte, nur so in die Höhe. Aber am allermerkwürdigsten war es, wenn er mit den Pferden fuhr. Man hätte schwören mögen, daß sie seine Hand kannten. Denn er brauchte nur die Zügel zu ergreifen, so

sprangen auch die kleinen lebhaften Tiere, daß die Wäme vorbeisauften, als liefen sie um die Wette nach rückwärts, und wenn die Pferde nicht gleich parieren wollten, so zog er bloß die Zügel an und klatschte mit der Peitsche, und heidi schoß der Wagen die Straße dahin.

Kurz und gut — Gustav war das belebende Element auf dem Gute, und wenn er sich vielleicht nicht allzu viel um die anderen kümmerte, so bekümmerten sich die anderen dafür um so mehr um ihn. Und darin bestand vielleicht das Geheimnis der Macht, die er ausübte.

Gustav konnte auch Geschichten erzählen, und es kann nicht geleugnet werden, daß er manchmal log.

Wenn er aus dem Walde zurückkehrte, war er am besten im Zuge, und dann kam wohl eine von den Schwestern und fragte ihn, ob er nicht etwas Merkwürdiges gesehen oder ob er nicht etwas erlebt hätte.

Gustav hatte sofort eine Geschichte fertig. Freilich hätte er etwas erlebt, sagte er, aber er wolle es nicht erzählen.

Da stießen ihn die Schwestern mit den Ellenbogen an, baten ihn, zu berichten, und die alte Mutter kam dazu und fragte:

„Nun, was hast Du heute im Walde gesehen?“

„Ach ich habe einen Habiht gesehen“, antwortete Gustav.

„Hahaha! Einen Habiht? Wer hat denn noch keinen Habiht gesehen?“

„Freilich“, antwortete Gustav, „aber das war kein gewöhnlicher Habiht, den ich gesehen habe. Er hatte sein Nest ganz hoch oben auf einer Tanne, und ich kletterte hinauf, trotzdem er und Madame Habiht mir die Zügel um den Kopf schlugen, daß es sauste, wie wenn die Windmühlen gehen.“

(Fortsetzung folgt.)

einigt, welche die Hauptforderungen des Bundes der Landwirte ausdrücklich anerkannt und die Zustimmung der Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte zu ihrer Kandidatur gefunden hatten. Wenn nun andererseits die Konservativen, Reichsparteiler und Nationalliberalen zusammen etwa 2 200 000 Stimmen aufgebracht haben, so würden sie, die Berechnung der Tageszeitung als richtig vorausgesetzt, im ganzen nur etwa 300 000 Stimmen gemustert haben auf Kandidaten, die der Bund nicht unterstützt hat. Nichts würde deutlicher zeigen, wie abhängig die genannten Parteien vom Bunde der Landwirte geworden sind.

Nach einer vom nationalliberalen Centralbureau veröffentlichten Uebersicht hat die nationalliberale Partei einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Diese Uebersicht kommt zu folgendem Schlussergebnis:

Aus 21 Wahlkreisen, in welchen 1893 und mitmaßlich auch diesmal Kandidaten aufgestellt waren, fehlen noch die näheren Verhältnisse. In diesen 21 Kreisen waren 1893 im ganzen 22 821 nationalliberale Stimmen abgegeben worden. Rechnet man den nachgewiesenen 1 018 000 nationalliberalen Stimmen noch rund 20 000 hinzu, die da und dort für Kandidaten abgegeben sind, so ergibt sich eine gefamte Zahl von 1 038 000 nationalliberalen Wählerstimmen gegen 997 000 im Jahre 1893, also ein Zuwachs von 8,8 Prozent.

Interessant ist, daß das nationalliberale Centralbureau nicht einmal weiß, ob in 21 Kreisen überhaupt nationalliberale Kandidaten aufgestellt sind. Es dürfte freilich auch oft genug, und nicht bloß in diesen 21 Kreisen, schwer sein, festzustellen, welcher Partei die Kartellkandidaten angehört haben. Im übrigen zeigen schon die oben angeführten Zahlen der Deutschen Tageszeitung, was von der Zunahme der nationalliberalen Stimmen zu halten ist.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei wird Anfangs September, unter Zuziehung der Obmänner für die preussischen Landtagswahlkreise, eine Sitzung abhalten, um den Wahlaufruf für die preussischen Landtagswahlen zu erlassen.

Beaufsichtigung der Volksschullehrer. Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. ist unterm 13. Juni nachstehende Verfügung erlassen worden:

Die Kreisinspectoren haben das amtliche und außeramtliche Verhalten der ihnen unterstellten Lehrer und Lehrerinnen zu überwachen. Sie sind berechtigt, gegen dieselben gemäß §§ 18 und 19 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betr. die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, Ordnungsstrafen festzusetzen und zwar Warnungen, Verweise und Geldbußen bis zu 3 Mark. Es hat dies in Form einer schriftlichen Verfügung zu geschehen, in der zur näheren Bezeichnung der Ordnungsstrafe andere als die im Gesetz gebrauchten Ausdrücke: „Warnung, Verweis oder Geldbuße“ zu vermeiden sind. Abstrich jeder eine Ordnungsstrafe aussprechenden Verfügung ist durch Vermittelung des Kreislandrats der künftl. Regierung einzureichen. In Fällen, in denen ein Dienstvergehen des Lehrers durch eine der bezeichneter Ordnungsstrafen nicht ausreichend geahndet erscheint, muß der Sachverhalt unter Vorlegung der mit den Auskunftspersonen aufgenommenen Verhandlungen der künftl. Regierung vorgetragen werden.

Auf diese Weise dürfte die Liebe der Lehrer zu ihrem Amte kaum gefördert werden. Die Kontrolle des außeramtlichen Verhaltens namentlich kann ja zu den schönsten Chicanen führen.

Von den preussischen Eisenbahnen. Nach der Königsberger Post. Bzg. wäher in voriger Woche bei der Station Mollschne in Folge falscher Weichenstellung beinahe zwei Züge zusammengestoßen. Aus diesem Anlaß erfährt man über die Zustände auf der Station Mollschne folgendes. Zur fraglichen Zeit war auf der Station als diensthabender Stationsbeamter die Ehefrau des Haltestellenwärters anwesend. Ihr Ehemann hatte auf einer anderen Station Dienst. Die Station Mollschne wurde früher von einem Vorsteher und einem Assistenten verwaltet. Heute hat Mollschne, wie dem Königsberger Blatte versichert wird, einen viel stärkeren Verkehr, und doch hat man diese Station zu einer Haltestelle mit nur einem Haltestellenwärter gemacht. Während seiner Abwesenheit liegt seine Vertretung in den Händen seiner Ehefrau, die aber zugleich noch die Postagentur zu verwalten, mehrere kleine Kinder zu beaufsichtigen und dazu das Essen für die Familie zu besorgen hat.

Im Interesse der deutschen Ausfuhr hat das Reichsamt des Innern an die Ministerien der sämtlichen deutschen Bundesstaaten folgende Zuschrift zur weiteren Mitteilung an die beteiligten Kreise gerichtet:

In letzter Zeit ist mehrfach die Bemerkung gemacht worden, daß ein Teil der zahlreich entstandenen deutschen Exportzeitschriften verlegenden Angriffe gegen das konkurrierende Ausland, namentlich England, richteten, anstatt sich darauf zu beschränken, die günstige Entwicklung der deutschen Industrie und die Vorzüge der deutschen Erzeugnisse in sachlicher Weise hervorzuheben. Ein solches Verfahren ist geeignet, das Ausland zwecks zu reizen und die feindliche Strömung zu verstärken, insoweit aber den Absatz deutscher Industrieerzeugnisse zu beeinträchtigen, anstatt zu fördern. Das auswärtige Amt hat, durch mehrere derartige Beobachtungen veranlaßt, die in Betracht kommenden konsularischen Konsulate mit der Weisung versehen, den im Auslande zur Verbreitung gelangenden deutschen Exportzeitschriften ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und jedesmal zu berichten, wenn diese Zeitschriften solche Artikel bringen. Daneben dürfte es sich empfehlen, die deutschen Exportfirmen darauf hinzuweisen, daß es in ihrem Interesse liegt, die Exportzeitschriften, denen sie Inserate zuwenden, daraufhin zu kontrollieren, ob sie zweckentsprechend redigiert werden und sich von dem Fehler, das Ausland durch unkluge Angriffe unnötig zu reizen, fernhalten.

Neben den russisch-deutschen Zollkrieg wird der Köln. Bzg. aus Petersburg gemeldet: Dagegen die amtliche Verfügung des Finanzministeriums bez. gewisser Zollerhöhungen gegen Deutschland ergangen ist, sind die Grenzollämter noch nicht angewiesen worden, die in Betracht kommenden deutschen Waren nach dem erhöhten Tarife zu verzollen, so daß diese Waren bisher noch nach dem alten Tarife eingehen. Man schließt in Petersburg daraus, daß russischerseits noch nicht alle Hoffnung aufgegeben sei, mit Deutschland zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Eine Anordnung des Regierungspräsidenten von Opyeln, die im Reichsanzeiger veröffentlicht wird, hebt die Wegregel gegen das Gänsefressen gerade für die Grenzbezirke wieder auf. Es wird nämlich der Fuhrtransport (das Treiben) von Wäfen aus Rußland auf der Wegstrecke von den russischen Grenzübergängen bei Zawisna, Kreis Rosenberg D.S., und Herby, Kreis Lubinitz, bis zu den Bahnhöfen in Landsberg bezw. Herby gestattet. Nachdem einmal der Regierungspräsident von Opyeln den Anfang gemacht hat, wird wohl auch für die anderen Grenzdistrikte die Gänsefressertransportverfügung aufgehoben werden, und damit der Anlaß zum Zollkriege aus der Welt geschafft werden.

Zur Begründung einer Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen wird in der Post. Bzg. ein Aufruf veröffentlicht. Die Bibliothek soll ein „Vollwerk des Deutschtums“ sein, „einen geistigen Mittelpunkt für deutsches Wesen und Wissen schaffen“

und sich den entsprechenden Bestrebungen der Regierung als freie Schöpfung zur Seite stellen. „Deutsche Landesteile und in ihnen deutsche Kultur festzuhalten, ob sie an der östlichen Grenze Preußens oder im äußersten Westen des Reiches liegen, ist Aufgabe und Lebensinteresse ganz Deutschlands und die Wacht an der Weichsel hat so fest und treu zu stehen, wie die Wacht am Rhein.“ Der Aufruf ist hauptsächlich von Konservativen und nationalliberalen Abgeordneten, auch von dem Berliner Oberbürgermeister Belle unterzeichnet. Nach der Kreuzzeitung bringt auch Fürst Bismarck dem Unternehmen „volle und warme Sympathien“ entgegen.

Wegen Vergehens wider das Pressegesetz hatten sich in Breslau Genosse Paul Heppner, ferner der Buchdruckerbesitzer Schacht, der Pfarrer Neumann, der Buchdruckerbesitzer Böhm, der Buchdruckerbesitzer Grütner und der Verlagsbuchhändler Müller vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Angeklagten gehören den verschiedensten Parteien an. Gegenstand der Anklage waren die Tafeln, die am Tage der Hauptwahl von den Zettelverteilern vor den Wahllokalen um den Hals gehängt getragen wurden und worauf der Name des Kandidaten oder die Partei, für die der Zettelverteiler thätig war, gedruckt zu lesen stand. Wie bereits mitgeteilt, hatte das Urugsgericht der Polizei die Entdeckung gemacht, daß diese „Druckschriften“ weder den Namen des Verlegers noch den des Druckers trugen, was nach § 6 des Reichspressegesetzes vorgeschrieben ist. Derselbe Paragraph besagt zwar u. a. weiter, daß Stimmzettel für öffentliche Wahlen, sofern sie nicht weiter als Zweck, Zeit und Ort der Wahl und die Bezeichnung der zu wählenden Personen enthalten, von dieser Vorschrift ausgenommen sind. Nun sind aber die von den Zettelverteilern getragenen Tafeln zweifellos keine „Stimmzettel“, so daß nach dem Buchstaben des Gesetzes die Angeklagten sich einer Uebertretung schuldig gemacht haben. Zu dieser Auffassung gelangte auch das Schöffengericht. Die Angeklagten wurden sämtlich zu 1 Mt. Geldstrafe event. 1 Tag Haft verurteilt. Der Vorsitzende meinte, daß es sich hierbei um eine Principienfrage handle, die erst der Entscheidung bedürfe. Wenn die Auslegung des § 6 des Pressegesetzes zu Meinungsverschiedenheiten führt, so ist daran einzig und allein der Ausdruck „Stimmzettel“ schuld. Hier sollte „Druckschriften“ stehen, wovon ja auch schon im ersten Teile des Satzes die Rede ist. Stimmzettel für öffentliche Wahlen, die Zweck, Zeit und Ort der Wahl enthalten, giebt es überhaupt nicht; denn entweder ist die Wahl geheim und dann dürfen die Stimmzettel keinen anderen Bemerker tragen, als den Namen des zu Wählenden — oder die Wahl ist öffentlich und dann giebt es keine Stimmzettel.

Eine Statistik über den Ausfall der Reichstagswahlen in Württemberg ergibt, daß in diesem Jahre die Wahlbeteiligung ungleich geringer gewesen ist als vor 5 Jahren; den neuer abgegebenen 306 900 Stimmen stehen im Jahre 1893 307 859 Stimmen gegenüber. Von den einzelnen Parteien erhielten die rechtsstehenden Parteien (Deutsche Partei, Konservativ, Bauernbund) neuer 95 427 Stimmen, vor 5 Jahren 97 898 Stimmen (somit — 2471 = 2,5 Prozent), Volkspartei neuer 75 105, vor 5 Jahren 105 617 Stimmen (somit — 30 512 = 29 Prozent), Centrum neuer 73 916, vor 5 Jahren 61 542 (somit + 12 373 = 20 Prozent), Sozialdemokratie neuer 62 552, vor 5 Jahren 42 801 (somit + 19 651 = 46 Prozent). Die Sozialdemokratie hat also den erheblichsten Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen.

G. Aus dem Reichslande, 18. Juli. Der Ausfall der jüngsten Reichstagswahlen, die der liberalen Landespartei eine Reihe von Erfolgen auf Kosten der Regierungspartei gebracht haben, liegt der Bismarck'schen Diktaturregierung schwer im Magen. Vor allem ist man sehr verstimmt über die rege Beteiligung des niederen katholischen Klerus an der Wahlagitacion, und besonders über seine eifrige journalistische Thätigkeit. Diesem Gefühl des Mißbehagens gab vor einigen Tagen eine reichslandische Korrespondenz des in Stuttgart erscheinenden Schwäbischen Merkurs veredten Ausdruck, die allem Anschein nach aus dem Straßburger Ministerium des Innern, Abteilung für Kultur, stammt. Der Artikel bezieht sich die liberale Presse Gsch-Bohringens einer „maßlosen Sprache gegen die deutsche Regierung und die bestehenden staatlichen Zustände“ und unterscheidet ihr die „leidenschaftliche Feindseligkeit eines systematischen, unverzöhnlichen Gegners“. Die eifrige Pressethätigkeit des subalternen Klerus werde von den geistlichen Oberen nicht ungenügend gesehen, was u. a. daraus hervorgehe, daß das offizielle Organ der Diocese Straßburg jüngst in einer längeren, allerdings nicht förmlich amtlichen Artikelserie über die Preisverhältnisse des Reichslandes die Geistesfreiheit zu reger Mitarbeit in der Presse geradezu aufgefordert habe. Der Artikel weist dann darauf hin, daß die journalistische Thätigkeit der katholischen Geistlichen nach einer apostolischen Konstitution vom Jahre 1896 der förmlichen bischöflichen Genehmigung bedürfe, daß der Bischof der Diocese Straßburg durch seine stets bereitwillige Erteilung der Genehmigung sich also die Verantwortung für die Gesamthaltung der von Klerikern geleiteten Blätter aufbürde. Zum Schlusse wird dann eine Erörterung des Verhältnisses zwischen dem staatlichen und kirchlichen „Hörden“ in Aussicht gestellt, falls in den gerügten Zuständen nicht bald Wandel eintrete.

Eine derartige Verkaufsbarung nimmt sich im Munde einer Regierung besonders eigentümlich aus, die, wie die eckhaftigste, es von jeher als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet hat, die politische Bestimmung ihrer „Untertanen“ in die von oben her gutgeheißenen Formen zu pressen und gelegentlich der politischen Wahlen jede davon abweichende Meinung mittels ihres gefügigen Beamten- und Verwaltungsapparates nach Kräften zu unterdrücken. Sie sollte sich, wenn auch nur aus Gründen diplomatischer Schlantheit, davor hüten, in dem Glashaufe, in dem sie sitzt, mit Steinen zu werfen. Man könnte sonst in die Versuchung kommen, sie daran zu erinnern, in wie viel Dutzenden von Fällen die Verwendung des amtlichen Einflusses der Regierungsborgane zu Gunsten einzelner politischer Parteirichtungen unumstößlich festgestellt worden ist. Es dürfte genügen, in dieser Hinsicht die Erinnerung an die Thätigkeit des Kreisdirectors Peucer in Erstein wachzurufen, den sein struppeloser, selbst vor den moralisch verworrensten Praktiken nicht zurückweichender „staatsbehaltender“ Eifer nicht daran gehindert hat, heute noch als Regierungsrat eine zuverlässige Stütze des Systems Bismarck zu bilden.

Kleine politische Nachrichten. Herr Frese, der Reichstagsabgeordnete für Bremen, läßt mitteilen, er sei nicht Mitglied des Kolonialvereins geworden und wolle es nicht werden. — Die Beschwerde der Redaktion der Bamberger Neuesten Nachrichten, deren Mitgliedern wegen heftiger Angriffe gegen die städtische Verwaltung vom Bürgermeister v. Brandt der Zutritt zum Rathhaus und zu öffentlichen Sitzungen der städtischen Kollegien in Bamberg ver-

weigert worden war, wurde von der Regierung von Oberfranken abgewiesen. Andererseits wurde aber auch die öffentliche Auforderung des Bürgermeisters von Brandt, das Abonnement auf das Blatt abzubestellen, von der Regierung mißbilligt.

**Frankreich.**

Ein richterlicher Einbruch. — Präfekten-Aenderungen. — Senatwahl. — Das Plakat gegen Cavaignac.

# Paris, 18. Juli. Ein neuer diktatorischer Gesetzesbruch ist auf das Schuldkonto des radikalen Schandministeriums zu setzen. Bei einem Freunde Picquarts, Namens Ducasse, wurde in dessen Abwesenheit eine Hausfuchung vorgenommen. Der richterliche Beauftragte drang, wie ein Einbrecher, in Ducasses verschlossene Wohnung ein. Dieses Verbrechen wird vom Strafgefängnis an dem Beamten mit Gefängnis von sechs Tagen bis zu einem Jahre und mit 16 bis 500 Franken Buße bestraft. . . Und der Grund des richterlich-polizeilichen Einbruchs? Der Verdacht, Picquart hätte bei seinem Freunde vielleicht für den Generalstab kompromittierende Papiere aufbewahrt!

Man darf ohne Uebertreibung mit dem angesehensten Organ der radikalen Partei: Le Radical, sagen, daß das radikale Ministerium etwas viel Schlimmeres als den Belagerungszustand aus eigener Machtvollkommenheit eingeführt hat. Es ist die Herrschaft eines außergerichtlichen, jeder schützenden Bestimmung baren Belagerungszustandes.

In der gegenwärtigen Situation treten die Regierungshandlungen, die sich nicht auf die Rettung des Generalstabes beziehen, ganz in den Hintergrund. Der Vollständigkeit halber seien jedoch kurz die Aenderungen im Präfekten-Personal besprochen. Das von Geburt an mit Ohnmacht geschlagene Ministerium konnte sich natürlich nicht zu ganzer Arbeit aufraffen. Von 12 Präfekten wurden abgesetzt bezw. mit anderen Aemtern versehen und 25 mit Verhörungen bestraft oder befohlen. Dabei finden sich unter den Belohnten, d. h. in eine höhere Departementklasse Versetzten, mehrere schurlische Handlungsgeher der Möbelschen Ordnungskoalition. Damit hat Herr Brisson, der als Minister des Innern die Präfekten-Aenderungen in der eigenen Hand hat, böses Blut bei den Linksbildeten gemacht, ohne die Möbelschen Leute zu verschonen. Während diese Zetermordio schreien, daß nicht sämtliche Wahlmögeli-Beamten geschont wurden, rügt Camille Pelletan, der Vorsitzende der über-100 Mitglieder zählenden Linksradikalen Fraktion, in überaus heftigen Worten den Verrat Brissons an seiner Partei.

Bei einer Senatswahl im Ardennen-Departement wurde im dritten Wahlgange der radikale Kandidat mit 422 gegen 412 ordnungsparteiliche Stimmen gewählt. Damit gewinnen die Radikalen einen neuen Sitz. Wenn nur die radikalen Senatoren sich immer von den Bourgeoisrepublikanern durch etwas mehr als den Parteinaumen unterscheiden!

Für das Plakat des Dreijus-Plakats: Siédele (Antwort auf die angeschlagene Rede Cavaignacs) sind in 5 Tagen 16138 Franken beigetragen worden. Der Waueranschlag des Plakats hat bereits begonnen — aber auch die Ueberklebung mit industriellen Reklameplakaten. Bezeichnend ist noch, daß ein großer Plakat-Unternehmer — ohne Zweifel auf einen Wink von oben — seine Zusage, den Anschlag des Protestes zu übernehmen, wieder zurückgezogen hatte.

Von Zola. — Verhaftungen und Duell. — Verhör Esterhazy. Die Schreibschwerfständigen legen Berufung ein.

Dem Echo de Paris zufolge soll der Haftbefehl gegen Zola und Perreuz bereits unterzeichnet sein, doch wird der Haftbefehl, wie das Blatt meint, erst ausgeführt werden, nachdem beiden das Urteil persönlich zugestellt sein wird. Wie es heißt, wird Zola demnächst eine Reise nach Norwegen antreten. Der nächste Prozeß dürfte erst Ende Oktober verhandelt werden.

Wie es heißt, hat Zola heute früh um 6 Uhr seine Wohnung verlassen und ist bisher nicht zurückgekehrt. Man sagt, er habe sich nach Genf begeben. Infolgedessen verbreitete sich das Gerücht, Zola sei geflohen, nach der Meinung einiger nach Brüssel, nach anderen nach Holland. Die Freunde Zolas versichern, er habe Frankreich nicht verlassen, halte aber seinen gegenwärtigen Aufenthalt verborgen, um eine gerichtliche Zustellung des gegen ihn verhängten Urteils zu vermeiden; er werde sich morgen in dem Verleumdungsprozeße gegen Judet vom Petite Journal vor dem Justizpolizeigericht vertreten lassen.

Zola hat bisher die Ausfertigung des vom Verfasser Gerichtshofe gefällten Urteils nicht zugestimmt erhalten.

Die Aurore veröffentlicht einen Artikel Zolas, in dem dieser ausführlich, er habe eine eingehende Verhandlung über den Justizirritum veranlassen, die Regierung habe aber verhindern wollen, daß Licht in die Angelegenheit gebracht werde. „Ich wünsche“, schließt der Artikel, „daß der Kassationshof sich über mein Recht, Beweis abzulegen, ausspricht. Im Oktober werde ich mich meinen Richtern wiederum stellen und den Beweis führen, den zu erbringen man mir in den bisherigen Verhandlungen nicht gestattet hat.“

Auch der Herausgeber der Aurore, Perreuz, der mit Zola zusammen verurteilt wurde, hat Paris verlassen und ist angeblich ins Ausland gereist.

Während der gestrigen Kaufereien in Versailles sind 27 Verhaftungen vorgenommen worden, von denen sieben aufrecht erhalten worden sind.

Heute sollen Duell zwischen Hubbard und Marcel Habert einerseits und zwischen Devroude und dem Damenschneider Baquin andererseits ausgetragen werden. Ohne Handwurfsereien geht es nun einmal nicht ab.

Der Untersuchungsrichter Vertulus verhörte heute nachmittags den Major Esterhazy und Madame Pagn in Justizpalast. Der Untersuchungsrichter Fabre empfing seinerseits den Advokaten Leblais, dem er erklärte, er werde ihn nicht vor zwei bis drei Tagen verhören, da er zuvor verschiedene Aktenstücke durchgehen wolle.

Die drei Schreibschwerfständigen, die gehört hatten, Zola beabsichtige gegen das Urteil des Justizpolizeigerichts Berufung einzulegen, haben ihrerseits von diesem Rechtsmittel Gebrauch gemacht.

**Niederlande.**

Kämpfe in den Kolonien.

Haag, 19. Juli. Nach einer amtlichen Depesche aus Atchin (Sumatra) sind die Atchinesen während der letzten Nacht in großer Anzahl vor den Truppen nach der Nordküste zu geflohen. Die Ruhe in Sbi ist wieder hergestellt.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

# Verein Vorwärts, Leipzig-Süd.

Donnerstag den 21. Juli abends halb 9 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**

im Saale des Gambrius zu Connewitz.  
Tagesordnung: 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vortrag: China. Land und Leute. Referent: Genosse Rich. Laube.  
3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Fragelasten.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und Gäste erwartet  
Programme zu dem am 24. Juli stattfindenden Sommerfest können an  
diesem Abend entnommen werden. D. B. [6945]

# Verein Markthelfer u. verw. Ber.

Freitag den 22. Juli abends 9 Uhr  
**Versammlung**

im Restaurant Stadt Hannover, Seeburgstr. 3/5.  
Tagesordnung: 1. Vortrag über Darwinismus (Die Entstehung des Menschen). Referent: Dr. Frische. 2. Mitteilungen; Verschiedenes; Fragelasten.  
Wir ersuchen die Vereinsmitglieder, in Freundes- und Kollegenkreisen auf diese Versammlung hinzuweisen und neue Mitglieder zu werben. Seid Eurer Versprechen und Pflichten eingedenk! Der Vorstand.

# Volksbildungsverein L.-Gohlis.

Samstag den 24. Juli 1898  
**Sommer-Vergnügen**

bestehend in Konzert, Gesang, turnerischen Aufführungen und Ball  
in den Räumen des  
**Birkenschlösschens zu Wahren.**  
Anfang nachmittags 8 Uhr. Preis des Programms 15 Pf.  
Während des Konzertes Belustigungen für Herren, Damen und Kinder.  
**Nach dem Konzert Ball.**  
Hierzu ladet freundlichst ein [6970] Der Vorstand.

# Felsenkeller, Plagwitz.

Morgen Donnerstag  
**Grosses Günther Coblenz-Konzert.**  
Nach dem Konzert Ball.  
Anfang 8 Uhr. Ergebnisse ladet ein Paul Eschbach.

# Restaurant Germania

**Knautkleeberg.**

Morgen Donnerstag den 21. Juli lade ich alle meine werthen Gäste und Freunde zu einem gemächlichen Abendessen hierdurch freundlichst ein. [6965] August Zahn.

# R. Küchling, Bau- u. Nutzholz-Handlung

Leipzig-Plagwitz, Elisabethallee Nr. 65  
empfeht sein großes Lager von Bauhölzern, Brettern, Latten, Stößen und Stangen etc. zu billigsten Preisen. [10291]

# Zum Selbststreichen

der Fussböden, Möbel und Stuben empfehle  
**sämtliche Farben u. Materialien**  
als: Strohfarbige Lackfarben, trockene Farben, Lacke, Firnisse, Pinsel, Schablonenmuster, Lineale, Maserierpapier, Belzen, Maserierfarben überhaupt alle Artikel für diesen Bedarf [6799]  
in guten resp. schnell-trocknenden Qualitäten!  
L.-Plagwitz G. O. Heinrich  
Karl Helne-Strasse 75. „Marlen-Drogerie.“

# Südvorstädtische Möbelhallen

**Karl Sänger, Südstrasse 9**  
Grösste Auswahl. — Solide Arbeit. — Billige Preise.  
Lieferung unter Garantie und transportfrei. [7797]

# Arbeiterverein Leipzig.

Reinigt: Müngasse 7, II.  
Sonabend den 23. Juli abends pünktlich 7,9 Uhr **Redeübung**; 7,10 Uhr **Versammlung**. L.-D.: Die Wohnungsfrage und die städtische Verwaltung.  
Referent: F. Bosse. [6960]

# Nähmaschinen

aller Systeme  
unter 5jähriger schriftlicher Garantie.  
**Neinverkauf der Viktoria-Nähmaschine.** Gebrauchte Singer von Nr. 15. — an. Reparaturen gut und billig. — Erfahren der modernen Kunstfädelerei gratis. [6588]  
Petersstrasse 34, Hof, „Drei Könige“.  
**Hermann Schube**  
Spezialgeschäft für Nähmaschinen.

# Fahr-Räder.

Nähmaschinen-Reparaturen, in und außer dem Hause, besorgt prompt u. billig unter 3monatlicher sachmännlicher Garantie  
Volkmarisdorf, Eisenbahnstraße 95.

# Wählen Sie

nur Biere aus der Viktoria-Kellerei

Leipzig-Neustadt, Aeusserer Tauchaer Strasse 16  
für 1 Mark frei Wohnung

- 8 Fl. Echt Kulmbacher Kapuziner-Bräu der Kapuziner-Bräu-Aktien-Gesellschaft
  - 8 Fl. f. Münchener Adler-Bräu Export-Tafelbier
  - 11 Fl. f. Lagerbier (non plus ultra) Crostitzer Farbe
  - 11 Fl. f. Pilsener Exportbier der Brauerei Plohn
  - 12 Fl. f. Breslauer Weizenbier Extra-Qualität (Arztlich empfohlen)
  - 16 Fl. f. Bayerisch Kloster-Bräu Hausgetränk (unenntbehrlich).
- Tel.-Amt I 4157. Bestellungen befördert die Post unfrankiert.

# Geschäfts-Veränderung.

Meiner geehrten Kundschaft sowie Freunden, Bekannten und der Nachbarschaft die ergebene Mitteilung, daß ich mein Geschäft von der Kirchstrasse nach meinem eigenen Grundstück

**Eisenbahnstrasse Nr. 100**

verlegt habe. Zudem ich Sie bitte, mir Ihre Wohlwollen auch fernerhin zu bewahren, empfehle ich gleichzeitig mein  
**Mehl-Specialgeschäft**

sowie sämtliche  
**Mühlenfabrikate, Landesprodukte, Backobst, Sämereien**  
En gros und Futter-Artikel etc. En detail

in nur besten Sorten zu den billigsten Tagespreisen.  
Leipzig-Volkmarisdorf, im Juli 1898. Hochachtungsvoll

**Walther Schönfeld.**

# Dampfbrauerei Zwenkau

Abteilung für Flaschenbiere und Siphons

**Kellerei: Nonnenbrauerei, L.-Plagwitz, Nonnenstr. 25**

empfeht Ihre mit der  
**Königl. Sächs. Staatsmedaille**  
prämiierten Biere, hergestellt aus den vorzüglichsten Rohmaterialien.  
Originalfüllung in 1/2 Liter-Flaschen und Siphons zu 5 Litern. [6978]

# Räumungs-Ausverkauf

Durch den  
haben sich eine Unmenge Reste in

- Wachstoffen
- Kleiderstoffen
- Bettzeugen
- Stangenleinen
- Handtüchern
- Hemdenbarchenten

angesammelt, die zu jedem annehmbaren Preise nur in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr ausverkauft werden.

Hainstrasse 35 **Adolf Pincus** Hainstrasse 35.

# Der Ausverkauf wegen Umbau meiner Verkaufs-Räume

dauert nur noch kurze Zeit. Man versäume nicht, von dem selten vorteilhaften Angebot Gebrauch zu machen.

Besonders mache darauf aufmerksam, daß noch größere Posten eleganter **Schuhwaren** für Damen, Herren u. Kinder am Lager sind, die ich zu aussergewöhnlich billigen Preisen abgebe.

**Reichsstr. 26 Felix Schiff Reichsstr. 26.**

vormals Georg Wolff.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Oesterreich-Ungarn.

Weitere Konferenzen des Grafen Thun.

Wien, 10. Juli. Die Konferenz des Ministerpräsidenten Grafen Thun mit den Vertretern der katholischen Volkspartei begann heute. Daran nahmen teil der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Fuchs und die Abgeordneten Baron Dipanti und Dr. Ebenhoch. Die Besprechung dauerte zwei Stunden. Es handelte sich allem Anscheine nach darum, den Vertretern der katholischen Volkspartei Kenntnis vom Inhalte und Ergebnissen der mit den anderen Parteien gepflogenen Verhandlungen zu geben. Doch soll auch eine Diskussion über die gegenwärtige politische Lage und über die Eventualitäten, die sich aus dieser entwickeln könnten, geführt worden sein. Ministerpräsident Graf Thun wird sich demnächst an das Hoflager nach Triest begeben. Besprechungen mit den Italienern und Südslaven sind nicht in Aussicht genommen.

Abschluß der Zollkonvention.

Budapest, 19. Juli. Die Zollkonvention ist heute abgeschlossen worden. In seiner Schlussrede ersuchte der Handelsminister Daniel alle diejenigen Mitglieder der Enquete, die sich mündlich nicht geäußert haben, dies nun schriftlich zu thun, er (der Minister) werde alle Äußerungen in Druck legen und sodann veröffentlichen lassen.

Italien.

Verhandlungen mit dem Papste. — Krawall. — Aufhebung des Belagerungszustandes in Mailand. — Stichwahl in Turin.

Rom, 18. Juli. Wie der Quanti berichtet, wurde der Erzbischof Svampa von Bologna zu einer Beratung von politischer Tragweite nach Rom berufen. Die zwei nordischen Dreibundsmitglieder sollen dem italienischen Königshaus, auf das die letzten Unruhen im Land großen Eindruck machten, geraten haben, mit dem Vatikan Frieden zu schließen. Die Präliminarien sollen nun in der Beratung festgesetzt werden. Die baldige Aufhebung des non expedit Verbots für die Merikalen, an politischen Wahlen teilzunehmen ist in Aussicht gestellt. Ob die Maßregel dem Staate nicht, ist eine andere Frage.

In Paktano bei Neapel wollten zwei Steuerernehmer, von Carabinieri begleitet, eine Exekution vornehmen. 500 Bauern, mit ihren Arbeitsinstrumenten bewaffnet, verjagten die Drangsaliierer. Ein Trupp Soldaten hat 32 Verhaftungen vorgenommen und die „Ordnung“ wieder hergestellt.

Der Belagerungszustand in Mailand wird anfangs August aufgehoben werden; das betreffende königliche Dekret ist schon unterzeichnet.

In der Stichwahl in Turin erhielt De Amicis (Soz.) 1079 Stimmen, sein Gegner 992. De Amicis erscheint gewählt.

Rußland.

Bestrafung der Aufständischen in Andischan.

Petersburg, 19. Juli. Wegen der Unruhen in Andischan sind mehr als 400 Personen verhaftet und in den Städten Andischan, Nish, Ramangan und Margjan interniert worden. Nachdem das auf Tod durch den Strang lautende Urteil an den Hauptverursachern vor kurzem bereits vollstreckt worden ist, sind von 48 weiteren Verurteilten 37 begnadigt und die übrigen von den Eingeborenen öffentlich gehängt worden. Gegen die anderen Angeklagten wird das Verfahren demnächst aufgenommen werden. Im Gebiete ist jetzt alles ruhig.

Japan.

Neue Gesetzbücher. — Amerikanische Beamte in Korea. — Parteiverhältnisse.

Hokohama, 18. Juli. Die Regierung notifizierte den Mächten, daß das neue Handelsgesetzbuch am 1. Juli und das Bürgerliche Gesetzbuch am 16. Juli in Kraft getreten sei.

Nach einer Meldung aus Seoul wurde zwischen dem amerikanischen Ministerresidenten für Korea und dem Ministerium ein Uebereinkommen für die Anstellung amerikanischer Beamten abgeschlossen, die Vermessungen zum Bau von Brücken und anderen Bauten vornehmen sollen.

Nach russischen Quellen wird über die Verschiebung der politischen Parteiverhältnisse im einzelnen berichtet, daß sich ein Verband von verschiedenen Parteien gebildet habe, der im Hinblick auf die fünfmalige Auflösung des Abgeordnetenhauses seit

Begründung des Parlaments zur Beseitigung der aus der Opposition entstehenden Hindernisse und zur Vereinigung der getrennt wirkenden Parteien die Bildung eines der Volkswirtschaft verantwortlichen Kabinetts anstrebt. Das von diesem Verbands angenommene Programm enthalte folgende Punkte: Achtung vor dem Kaiserthum und Verteidigung der Verfassung; ein verantwortliches Ministerium; friedliche Politik; Entwicklung des Handels, Verbesserung der inneren Verwaltung, damit die nutzlosen Schreibeereien und Förmlichkeiten beseitigt werden; Herstellung einer gesunden Finanzpolitik; Verbesserung der Verkehrsverhältnisse; Förderung der wissenschaftlichen Bildung; Verbesserung der Armee; Ausrottung der Mißbräuche der Regierungsgesetze; Heranziehung von Kapitalisten zur Hebung der Industrie.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Ein Erlass über die Verwaltung von Santiago.

Washington, 10. Juli. Präsident Mac Kinley hat in vergangener Nacht einen Staatsakt erlassen, der Anordnungen für die Regierung der Provinz Santiago trifft. Dies ist der erste derartige Akt, der bisher von einem Präsidenten der Vereinigten Staaten vollzogen wurde. Das Dokument ist an den Sekretär des Kriegsdepartements, Alger, gerichtet, der General Schafter kablet wird, daß der Akt ihm zu seiner Information zugehen wird und daß er, um ihm eine möglichst große Verbreitung in dem unter Schafter Kontrolle stehenden Gebiete zu geben, in englischer und spanischer Sprache veröffentlicht werden soll. Das Dokument enthält Vollmacht und Anweisungen für Schafter bezüglich der Verwaltung der Provinz sowie auch eine Proklamation an die Bevölkerung des Gebietes, die die Absichten der amerikanischen Regierung klarlegt. Die Proklamation betont die förmliche Errichtung einer neuen politischen Gewalt in Cuba und sichert der Bevölkerung absolute Sicherheit für Person und Eigentum zu, sowie auch für die Ausübung ihrer privaten Rechte und geschäftlichen Beziehungen. Alle gegenwärtig im Besitze der amerikanischen Land- und Seestreitkräfte befindlichen Häfen und Plätze werden dem Handel aller neutralen Nationen geöffnet sein für solche Artikel, die keine Kriegskonterbande sind, gegen Zahlung der zur Zeit der Einfuhr in Kraft gewesenen Zölle. Die einheimische Konstablermannschaft wird, soweit dies thunlich, erhalten bleiben, ebenso die vor der Occupation im Amt gewesenen ordentlichen Gerichte. Die wichtigste Aenderung des Tariffs für Santiago ist eine Reduktion des Zollgeldes bei Schiffen, die 2000 und mehr Tonnen fuhren, von einem Dollar per Tonne auf zwanzig Cents.

Die Uebergabe von Caimanera.

Playa del Este, 18. Juli. Eine Schaluppe der Marine ging heute in die Bucht von Guantanamo bis gegen Cayo del Tero, gegenüber von Caimanera, vor, gab dem spanischen Kommandanten formell bekannt, daß General Toral sich ergeben und Santiago kapituliert habe, und setzte eine Frist fest, innerhalb deren die spanische Flagge in Caimanera niedergehakt sein müsse. Des weiteren erklärte der Führer der Schaluppe, wenn das Kanonenboot Sandobal in irgend einer Weise beschädigt würde oder wenn Waffen, Munition, die öffentlichen Gebäude und Kasernen in Caimanera oder Guantanamo zerstört werden sollten, dann würden Repressivmaßnahmen ergriffen werden. Darauf wurde die spanische Flagge heute nachmittag niedergehakt; die formelle Uebergabe erfolgt morgen.

Die Aufständischen auf Cuba und die Amerikaner.

Santiago de Cuba, 19. Juli. Die Beziehungen der Amerikaner zu den Aufständischen werden von Tag zu Tag gespannter; jeder Verkehr zwischen beiden Armeen hat hauptsächlich aufgehört. General Schafter erklärte, keinem Aufständischen werde das Betreten der Stadt erlaubt werden. Cafiillo, der von den Insurgenten erwählte Gouverneur, macht kein Hehl aus seiner Unzufriedenheit. Ebenjowenig halten die Amerikaner mit Äußerungen ihrer wachsenden Verachtung der Insurgenten zurück. Man fürchtet, daß es binnen kurzem zu einem Zusammenstoße kommen wird.

Spanisches.

Madrid, 19. Juli. Wie die Blätter melden, haben die Minister ihr Ernteamt darüber geäußert, daß General Toral die ganze Provinz Santiago de Cuba in die Kapitulation einbezogen hat. Man hat dieshalb Marschall Blanco um eine

nähere Aufklärung ersucht, und die Angelegenheit soll sodann dem obersten Kriegsrate unterbreitet werden.

Wie der Imparcial berichtet, haben mehrere Minister geäußert, um Frieden nachsuchen, heiße die Niederlage eingestehen. Zudem seien die Bedingungen der Vereinigten Staaten so ausschließlich für die Amerikaner vorteilhaft, daß man lieber den Krieg fortsetzen wolle.

Einige Blätter verlangen dringend eine Neugestaltung des Ministeriums.

Vom gelben Fieber.

Die Heimführung der Garnison von Santiago nach Spanien bedeutet, schreibt die Post, Fig., und darauf kann nicht eindringlich genug hingewiesen werden, eine schwere Gefahr für ganz Europa, die Gefahr der Masseneinführung des gelben Fiebers. Diese furchtbare Krankheit herrscht nicht allein in amerikanischen, sondern auch im spanischen Lager. Hunderte spanische Soldaten werden während der vor ihrer Einschiffung verstreichenden Zeit ihren Klein in sich aufnehmen, an eine regelrechte, genügend lange und strenge Quarantäne vor der Ausschiffung an der spanischen Küste ist kaum zu denken. Es ist anzunehmen, daß die europäischen Regierungen sich bereits mit dieser Gefahr beschäftigen und auf Mittel sinnen, der Ein- und Weiterverbreitung der Seuche vorzubeugen. Am sichersten könnte dieses Ziel erreicht werden, wenn die Ausschiffung der Besatzung von Santiago auf dem spanischen Festland unterbliebe, vielmehr auf den kanarischen Inseln, die gleichzeitig als Quarantäne- und Genezugsstation wohl geeignet wären, erfolgte.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der 11. Verbandstag des sächsischen Zünftsverbandes wurde am Sonntag den 17. Juli in Rochlitz abgehalten. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Besprechung über das neue Zunftgesetz. In der Diskussion nach dem Referat von Klafre-Waughen über: Freie oder Zwangs-Zünfte? waren die Meinungen geteilt, jedoch war die Mehrheit für Zwangs-Zünfte. Ein Beschluß wurde aber nicht gefaßt. Volks-Waughen sprach über die Frage: Was ist Fabrikbetrieb? und beantragte folgende Resolution: Der 11. sächsische Zünftsverbandstag zu Rochlitz wolle beschließen, an das königliche Ministerium die Bitte zu richten, dasselbe wolle bei Gliederung der verschiedenen Betriebsarten folgende Merkmale gelten lassen: 1. Beim Handwerksbetriebe: a) die Ausbildung von Lehrlingen, gleichviel ob dieselbe vom Geschäftsinhaber selbst oder von anderen bewirkt wird; b) die Arbeitsteilung nach handwerksmäßigen Regeln; c) die Zahl der beschäftigten Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter; d) die Benutzung der mechanischen Kraft und Maschinen, insofern sie durch ihre Arbeitsleistungen nicht die schwersten und hauptsächlichsten Arbeiten des ganzen Betriebes verrichten. 2. Beim Fabrikbetriebe: a) das Beschäftigen von jugendlichen Arbeitern; b) die Arbeitsteilung nach fabrikmäßigen Regeln; c) die Zahl der beschäftigten Arbeiter; d) die hervorragende Leistung der durch mechanische Kraft angetriebenen Arbeitsmaschinen; e) ist zu beachten, ob für den Betrieb von Handwerksmeistern gelehrte Gesellen oder Gehilfen notwendig sind und in welchem Verhältnisse ihre Arbeitskraft zum ganzen Betriebe steht; f) ein Betrieb mit mehr als 20 Arbeitern gilt als Fabrikbetrieb, insofern für einzelne Branchen nicht eine andere Zahlengrenze festgesetzt ist; g) überschreitet ein handwerksmäßiger Betrieb die für ihn festgestellten Arbeiterzahlengrenzen, ohne daß andere Veränderungen eintreten, die diesen Betrieb zur Fabrik machen, soll dem Zuhaber gestattet sein, auch seiner dem Handwerke angehören zu können. Dieser Antrag wurde nicht zur Abstimmung gebracht, wohl aber beschlossen, daß die in dem Antrage enthaltenen Thesen gedruckt und den einzelnen Zünften in Gestalt von Fragebogen zur Erörterung zugestellt werden sollen. Sodann sprach Stadtrat Schröder-Dresden über: Handwerkskammern in Sachsen und führte in längerer Rede aus, daß in Sachsen die Gewerbetkammern die Funktionen der zu begründenden Handwerkskammern übernehmen würden und die Handwerker Sachsens könnten damit zufrieden sein. Eine Trennung der Gewerbetkammern von den Handelskammern würde er bedauern. Zum Schlusse beantragte Redner die Annahme einer Resolution, in der die Versammlung die Gewerbetkammern für berufen erklärte, die Funktionen der Handwerkskammern zu übernehmen, und die Errichtung besonderer Handwerkskammern in Sachsen für nicht

kleine Chronik.

Leipzig, 20. Juli.

Neues Theater. (Mamsell' Nitouche von S. Meilhac und S. Willaud; Musik von M. Hervé.) In der Rolle der Denise de Flaugny begann Fräulein Thea Göhrs, die uns das Hamburger Thalia-Theater weggeführt hat, ein auf mehrere Abende berechnetes Gastspiel. Fräulein Göhrs, den alten Liebling unseres Publikums, zu einem Gastspiel einzuladen, war entschieden eine gute Idee der Direktion; denn das Neue Theater war trotz Sommerzeit und Hundstagsferien sehr gut besucht und das Publikum in animierter Stimmung. Die Mamsell' Nitouche war schon früher eine der besten Rollen des Fräulein Göhrs und auch heute weiß sie uns noch ebenso als schelmische Klosterpenitentiarin zu entzücken. Fräulein Göhrs, unsere gegenwärtige Darstellerin der Denise, spielt manche Scene flotter, feiler, so daß man ihr im zweiten Akte, in der Theatergarderobe, kaum glaubt, daß sie eben erst aus dem Klosterpenitentiar entsprungen ist und noch gar nichts von der Welt gesehen hat. Fräulein Göhrs weiß dadurch, daß sie den ganzen Charakter des schelmischen Backfisches einheitslich durchführt, den Zuschauer über die Unwahrscheinlichkeit, daß eine fromme erogene Klosterklosterin plötzlich und ohne weiteres mit riesigen Erfolg als Operettenfängerin debütiert, besser hinwegzutäuschen. Ihr Spiel ist in der heuchlerischen Frömmigkeit wie in den Umwandlungen von Ausgelassenheit viel natürlicher. Das Lieb von Rabetten, und das Couplet von der großen Trommel, wie auch das Duett vom Bleisoldaten (mit Herrn Frank) sang sie ganz reizend. Natürlich wurde Fräulein Göhrs von unseren einheimischen Kräften famos unterföhrt. Der Götterin des Herrn Frank, der Major von Chateau-Gibus des Herrn Scarle und die Stützvorsteherin des Fräulein Buse müssen selbst den größten Hypochonder zum Vachen bringen. Und das Publikum amüsierte sich trefflich und wurde nicht müde mit Applaudieren und Hervorrufen der Darsteller. Die Begeisterung schien mir fast ebenso groß als nach den Nibelungenaufführungen.

H. M.

Die fehlende Inschrift. In Wallots Reichstagshaus, schreibt der von Ferdinand Woenarius herausgegebene Kunstwart, fehlt bekanntlich immer noch die Inschrift: „Dem deutschen Volke“, das gefiel ja oben nicht, und was oben nicht gefaßt, das gefiel sich nicht. Aber etwas muß doch wohl auf die leere Fläche, da sie

leider, leider, nun einmal da ist. Ueber die Bestimmungen, die das macht, unterrichtet ganz köstlich ein Aufsatz des Centralblattes der Bauverwaltung. Dem hatte ein Einsender geschrieben: „... Meiner Ansicht nach hat man sich die Aufgabe dadurch erspart, daß man immer nur an eine einzige Inschrift nach Art eines Firmenschildes dachte, wenigstens ist nur in diesem Sinne die Sache in den Zeitungen behandelt worden. Mit einem oder zwei Worten aber den ganzen Zweck des Baues auszudrücken, ist anscheinend nicht möglich, und gelangt es auch, dann würde die Inschrift trivial aussehen. Deshalb glaube ich, man umgeht diese Schwierigkeit, wenn man nach Art der alten Vorbilder einen längeren Satz wählt, in welchem der Zweck des Gebäudes bekannt gegeben wird, das von dem neu errichtenden deutschen Reiche dem Reichstage und dem Bundesrate errichtet wurde. Die Jahreszahl der Bauzeit und die Namen der Kaiser, unter denen der Bau begonnen und vollendet wurde, müßten womöglich in dem Satze enthalten sein, wie das früher stets bei solchen Inschriften üblich war. Das ist zwar etwas nüchtern, aber sicher einfach und würdig und auch zweckmäßig, da es die Bestimmung des Gebäudes am sichersten für kommende Zeiten urkundlich festlegt.“ Hierzu bemerkt das Centralblatt der Bauverwaltung: „Der Einsender schlägt vor, die Inschrift in zwei oder drei Zeilen anzuordnen, in denen ungefähr 96 bis 120 Buchstaben oder Zahlenzeichen untergebracht werden können. Drei Zeilen würden nach seiner Ansicht immer noch eine leserliche Inschrift ergeben. Uebrigens sei auf die Lesbarkeit kein sehr großer Wert zu legen. Die Inschrift solle nur eine Urkunde sein, die jederzeit dem zur Verfügung steht, der sich dafür interessiert, und die vor allem auch späteren Geschlechtern erhalten bleiben solle. Das große Publikum braucht gar nicht alle Tage zu studieren, was auf der Tafel steht, um womöglich seine Linsen darüber zu machen. Aus dem Grunde möchte sie auch am besten in lateinischer Sprache abgefaßt werden. Wir halten diesen Vorschlag für recht beachtenswert und können uns halter Begründung im allgemeinen durchaus anschließen.“

Auch wir finden die Gedanken des hohen Centralblattes der Bauverwaltung und seines Herrn Einsenders ja sehr erwägenswert. Aber wir fürchten, ihr Zweck wird dadurch vereitelt, daß einestheils heutzutage nur zu viele Leute lateinisch können, und dann, daß jetzt die Operngucker so billig sind. Ferner war es ja nicht ganz leicht zu widerlegen, wenn Uebelwollende behaupten sollten, jene Stelle sei bestimmt weniger für eine Urkunde“ über den Zweck als für eine Widmung, zum mindesten nach Auffassung

des Architekten und bisher auch aller übrigen Leute. Ja, es muß befürchtet werden, daß man aus dem Uebersehen dieser Thatsache auf eine gewisse übertriebene Dienstwilligkeit der Herren vom hohen Centralblatt schließen könnte. Deshalb befürworten wir etwas anderes. Da die Inschrift: „Dem deutschen Volke“, der ursprünglichen Absicht und dem Willen des Volkes nun einmal entsprach, daß ja schließlich den Bau bezahlt hat — wohl denn, so beweise man seinen echten Mannesmut, indem man sie mit großen Buchstaben klipp auf die Fläche schreibe! Aber man thue das genau mit derselben Farbe, die der Grund hat. Dann kann man jedem Mörgler besten Gewissens sagen: es steht ja drauf! Und lesen kann's doch keiner.

Er verkauft seine Uniform. In der Münchener Post stand dieser Tage das folgende originelle Inserat:

Aus administrativen Erwägungen, wie ich seiner Zeit auf Betreiben unverföhnlcher ultramontaner Heher auf eine Art und Weise in den Ruhestand versetzt wurde, die, hätte die Wahrheit bis zur allerhöchsten Stelle bringen können, dort wohl gerechter Entlohnung begegnet wäre,

verkaufe ich meine fast neue Gymnastiklehrer-Uniform, hoffend, insofern der jüngsten Verbesserungen im Lehramt endlich einen Abnehmer für das mir überflüssig gewordene Staats-Stück zu finden.

Jos. Wilh. Schmaderer, f. Gymnastiklehrer a. D., Thal 88/IV.

bwe. Elektrische Plättchen als Massageapparate beschreibt Dr. Falk in den Berliner Therapeutischen Monatsheften. Die Anwendung des heißen Bügels, die an dem Schneider Fips in Buchs May und Moriz so viel belacht worden ist, ist nach Falk bei rheumatischen Beschwerden und besonders bei Herzensschmerz weilen erfolgreich, wenn andere Mittel bereits versagt haben. Man muß ein mehrfach glatt zusammengesetztes und mit warmem Wasser angefeuchtetes Tuch auf die schmerzende Körperstelle legen und darauf mit einem warmen Bügelchen herumstreichen, so daß sich zwischen Tuch und Haut eine heiße Dampfschicht bildet, also gleichsam ein örtliches Dampfbad entsteht. Falk hat nun leicht handliche Apparate in allen möglichen Formen, die sich der Körpergröße anpassen, erdacht, die die gleichzeitige Anwendung von Wärme und

notwendig erachtete. Diese Resolution wurde nach eingehender Debatte einstimmig angenommen. Den letzten Vortrag des Tages, betreffend die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, hielt Herr Obermeister Zimmer-Dresden und betonte besonders, man möge bei dem Entstehen eines betreffenden Gesetzes gegen die Widersacher eines solchen auf der Hut sein, damit es zum Segen des deutschen Handwerkes anfallt. Als Vorort für den nächsten Juningstag wählte die Versammlung Chemnitz, wo vor 12 Jahren der Verband gegründet worden ist.

**Am 18. Juli** lief die zweijährige Aufenthaltsbeschränkung ab, die seiner Zeit gegen Genossen Emil Rosenow in Chemnitz verhängt und damals viel besprochen wurde. Es hatte mit der Sache folgende Bewandnis: Am 18. April 1896 mußte Genosse Rosenow eine dreimonatige Gefängnisstrafe antreten, die ihm wegen Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften auferlegt worden war. Am Vortage der Entlassung wurde Rosenow zu dem Gefängnisdirektor gerufen und ihm hier eine Verfügung der Amtshauptmannschaft Chemnitz schriftlich überreicht. Auf Grund des Gesetzes vom 15. April 1886 §§ 1-2 Z. 1 verfügte die Amtshauptmannschaft, daß dem Rosenow in Chemnitz der Aufenthalt in den Orten Gablenz, Niederhermersdorf, Silberdorf, Worna, Altdorf, Kappel, Markersdorf, Neukirchen, Grina, Thalheim und Luga auf die Dauer von zwei Jahren verweigert werde. Im Falle der Zuwiderhandlung gegen das Verbot wurde die zehnjährige Sinausbringung aus dem betreffenden Orte sowie achtjährige Haftstrafe angedroht. Der Betroffene wandte sich zunächst an die Kreisauptmannschaft Zwickau, von der jedoch die Verfügung gutgeheißen wurde. Darauf wandte er sich nach Dresden an das Ministerium des Innern, das den Beschwerdeführer jedoch ebenfalls abwies und aus den Landtagsberichten nachwies (unsere Genossen waren natürlich entgegengelegter Meinung), daß man auch gegen politische Vergehen das betr. Gesetz, das sog. Vagabundengesetz, geschaffen habe, und es sich auf den Fall Rosenow anwenden ließe. Eine Beschwerde Rosenows beim Bundesrat wurde gleichfalls abgewiesen und so blieb das Aufenthaltsverbot in Kraft, bis es jetzt nach zweijähriger Dauer sein Ende erreicht hat.

**r. Dresden, 19. Juli.** Gegen den Dauschwindel richtet sich ein Regulativ, das vom hiesigen Stadtrat auf Vorschlag des Markt- und Gewerbeausschusses genehmigt wurde. Danach sind Bauherren oder Bauausführende genau so wie Gewerbetreibende und Geschäftsinhaber verpflichtet, an den Neubauten an einer für jedermann ersichtlichen Stelle Firmenschilder mit Vor- und Zunamen anzubringen. Wenn Minderjährige oder Gefrauen in Frage kommen, muß dies aus der Aufschrift unabweislich hervorgehen. Etwaige Änderungen sind spätestens am darauffolgenden Tage nach Wechsel der fraglichen Personen vorzunehmen. Für die Befolgung der Vorschriften, deren Uebertretung mit bis 150 Mark Geldstrafe oder 14 Tagen Haft bedroht ist, sind auch Stellvertreter der fraglichen Personen verantwortlich. — Die Anregung zu dieser Verordnung, die der Genehmigung der Stadtvorordneten noch bedarf, ist vom hiesigen Juningssauschusse ausgegangen.

Ein hiesiger Stadigendarm wurde vom Landgericht wegen **Fundunterschlagung** zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Wie wir seiner Zeit berichteten, hatte der betreffende, Namens Schubert, ein ihm von einem armen Fabrikmädchen übergebenes Fundobjekt — Damenut mit guter Kette — nicht an das Fundbureau abgeliefert. Als sich die Finderin wieder nach der Sache erkundigte, kam die Unredlichkeit des Vandalen heraus. Eigentümlicherweise sprach aber das Schöffengericht damals den Mann frei. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Verwahrung ein.

Im städtischen Schanapote des Schlachthofes wurden am **9. d. M.** Trichinen in einem Stück amerikanischen Welschschweinefleisch gefunden. Dies ist im laufenden Jahre der vierte Fall, daß in Dresden bei amerikanischen Fleischwaren Trichinen gefunden wurden, trotzdem bei dieselben stets die Befehligungen amerikanischer Behörden vorliegen, daß das Fleisch bereits in Amerika untersucht und trichinenfrei befunden worden war. Am Montag und Dienstag wurde aber auch in zwei pommerischen Schweinen das Vorhandensein von Trichinen festgestellt.

**Reichenbrand, 19. Juli.** Peinliches Aufsehen erregte hier ein Vorfall, der sich am Morgen des 7. Juli zutrug. Der 18jährige Hausbesitzer Sohn Volkmar Schöole stand in der

Elektricität gestatten. Diese Apparate sind hohl und können mit einem vorher erwärmten Stoffe gefüllt werden, während gleichzeitig ein elektrischer Strom geleitet werden kann. Empfohlen wird der Gebrauch derselben bei verschiedenen Arten von Rheuma, bei den verschiedenen Koliken (Gallenstein, Nierenstein etc.), bei Zahns, Neuralgie, chronischer Verstopfung und ähnlichen Krankheiten.

— **Ein Herr, der sich Lust zusüßelt.** Aus Wien wird vom 15. d. M. berichtet: Herr Peter Andrejewicz Lewin aus Odesa war häufiger Gast in der Jubiläumsausstellung und bewegte sich mit Vorliebe im Automatenrestaurant. Man sah ihn stets mitten im Gedränge mit dem Hut in der Hand, den er stets bewegte, wie um sich Lust zuzusüßeln. Den Hut zog er dann immer tiefer bis herab an die Brust, und wenn er dann so Aug' in Aug' mit dem Nachbar stand, fächelte er mit dem Hute so geschickt, daß der feine Rand der Krämpfe stets an die — Krawattenknäuel kam und sie langsam lockerte, bis sie weit aus der Krawatte hervorsah. In solchen Augenblicken hielt Andrejewicz den Hut höher und gedekt durch diesen, ließ er seine kunstheiligen Finger spielen, die die Nadel vollends herauszogen. Morgestern wurde er von Polizeianten dabei ertappt, als er dieses Manöver bei einem Kellner und einem Gastwirt ausführte. Man fand bei Lewin ein auf 456 Gulden lautendes Sparfassenbuch, Goldmünzen und auch drei Brillantnadeln, die von Diebstählen herrühren dürften.

— **Christiana,** die Hauptstadt Norwegens, erhält ein neues Theater, das den stolzen Namen Norwegisches Nationaltheater führen wird. Die Mittel zu dem Bau sind teils vom Parlament bewilligt, teils durch reiche Privatleute aufgebracht worden, die in Norwegen stets und gern ihren Geldbeutel aufstehen, sobald es sich darum handelt, Kunst und Wissenschaft zu fördern. Man erinnere sich nur daran, wie viel Privatleute für Namens Expedition und neuerdings wieder für die Sverdrups gesteuert haben. Das neue Theater soll mit einem für norwegische Verhältnisse einzig dastehenden Logis ausgestattet werden. Zu beiden Seiten des Haupteinganges werden die Kolossalstatuen Henrik Ibsens und Björnsterne Björnsons aufgestellt werden, die Stephan Sinding geschaffen hat. Direktor des neuen Theaters wird Björn Björnson, des bekannten Dichters Sohn, der bei den Weinbergern als Schauspieler ausgetübt worden ist und für einen vorzüglichen Regisseur gilt. Der neue Direktor hat sich in der letzten Zeit auch als Dichter versucht und ein Drama Johanne verfaßt, das vielen Beifall gefunden hat und im Verlage von Albert Langen (München) in deutscher Uebersetzung erschienen ist.

achten Stunde bei seinem Geschäftshandwagen auf der Straße und verzeigte seine Frühstücksfenmel. Unterdessen passierte der von einem Begräbnis kommende Pastor, Herr Klein, im Ornat bekleidet, die Straße. Der junge Schöole unterließ es wohl, den Herrn Pastor zu grüßen, worauf dieser den jungen Mann zu sich heran rief und ihn fragte, wie er heiße und ob er in Reichenbrand die Fortbildungsschule besucht habe. Der junge Mann bejahte letztere Frage und nannte seinen Namen. Hierauf gab der Herr Pastor ohne weitere Umstände dem jungen Menschen eine Ohrfeige. Gegen den schlagfertigen Herrn Pfarrer wurde beim Friedensrichter Klage erhoben, wo er sich zu einer Geldbuße von 80 Mk. herbeilassen mußte. Der Versuch des Arbeitgebers Schöoles, ihn zur Zurücknahme der Klage zu bewegen, war ohne Erfolg geblieben.

**Kleine Mitteilungen aus dem Lande.** Aus Döbeln wird berichtet: Am Sonntag früh ist bei abseits vom Nachbarort Westen gelegene, aus sieben Gebäuden bestehende Dampfschneidemühle der Firma Ernst Seewald (Zuh. Paul Binn) nebst einem großen Teil der wertvollen Holzvorräte vollständig niedergebrannt. Das Feuer ist durch aus dem Dampfschornstein in einen Holzstoß getallene Funken entstanden.

**z. Erfurt, 19. Juli.** Ein bemerkenswertes Urteil fällt heute das hiesige Schöffengericht. Die Schuhmacher Stoll, Würzburg und Lieb hatten Anfang Mai d. J. das Personal der Heidenreichschen Schuhfabrik zu Ilversgraben zu einer Zusammenkunft nach dem dortigen Restaurant zur Erholung eingeladen. Es sollte eine Erörterung über Lohnabzüge und sonstige Uebelstände, die in besagter Fabrik plaggegriffen, stattfinden. Auch zwei Mitglieder des Hirsch-Dunderischen Gewerkevereins, die Schuhmacher Täschendorf und Siering, nahmen an der Personalzusammenkunft teil. Auf irgend eine Art kam die Angelegenheit später dem Arbeitgeber und schließlich auch der Ortsbehörde zur Kenntnis. Stoll, Würzburg und Lieb wurden nun mit Polizeistrafmandaten von je 15 Mark bedacht, weil eine Uebertretung der §§ 2 und 12 des Vereins- und Versammlungsgesetzes vom März 1850 vorliege. Hiergegen wurde richterlicher Entscheid beantragt. Heute kam die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Die Jungen Täschendorf und Siering betumdeln nun hier, daß die Angeklagten, die übrigens als Sozialdemokraten bekannt, auch einem solchen Verein angehören, die bei der Zusammenkunft Anwesenden erjudt, doch Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher zu werden. Seien erst alle Arbeiter besagter Fabrik organisiert, dann ließe sich weit eher etwas erreichen. Auch für eine Unterstützung würde dann erforderlichenfalls gesorgt werden. Der Anwalt fand in dem Umstande, daß eine Agitation für den über ganz Deutschland verbreiteten Verein deutscher Schuhmacher stattgefunden, die Zusammenkunft den Charakter einer öffentlichen Versammlung angenommen. Eine vorherige Anmeldung sei aber nicht erfolgt. Der Anwalt beantragte daher die Befähigung der polizeilichen Strafmandate. Der Gerichtshof fand in den Zeugnisaussagen gleichfalls die Merkmale für Befähigung öffentlichen Angelegenheiten vorhanden. Es wurde gegen Stolle als Einberufer auf 15 Mk. Geldstrafe, gegen Lieb und Würzburg als Teilnehmer auf je 5 Mk. Geldstrafe erkannt.

**Gemeinde-Zeitung.**

**Der Besuch der sieben städtischen höheren Lehranstalten** ist in diesem Jahre erheblich gestiegen. Einen ganz besonders starken Zuwachs haben die Thomasschule (+ 84), die II. Realschule (+ 58) und die höhere Schule für Mädchen (+ 76) zu verzeichnen. In diesen drei Anstalten machte sich deshalb auch die Neubildung von Klassen erforderlich.

**Städterik.** Daß den öffentlichen Gemeinderatsitzungen ein immer regeres Interesse seitens der Einwohnerschaft entgegengebracht wird, bewies die gestern stattgefundene Sitzung. Arealverkauf, Aenderung einer vorgenommenen Disposition sowie eingegangene Gesuche, zu Neubauten und Erweiterungsbauten fanden ihre Erledigung nach den Vorschlägen der Baukommission. Wegen eines Nachtrag zum Bebauungsplan von Städterik war von dem Grundstücks- und Hausbesitzerverein Einspruch erhoben worden und diese Einsprüche bezirksrätlich begutachtet worden. Nach Verlesung des Gutachtens wurde beschlossen, der Immobilienbesitzer als Hauptmitteilende diese Schriftstücke zur Kenntnisnahme resp. weiteren Begutachtung zu unterbreiten. — Hierauf wurde der Gemeindevorstand Michael durch den unangesehnen Vertreter Genossen Hüttner interpelliert über in der Gemeinde auftretende Behauptungen, daß der Gemeindevorstand in einer mit seinem Amte als Vertreter der Gemeindefürsorge nicht zu vereinbarenden Weise bei verschiedenen Abschlüssen in Grundstücksveräußerungen persönlich durch Provisionen in ansehnlicher Höhe engagiert sei. Die vom Genossen Hüttner in sachlichster Form vorgebrachten Fälle, so weit sie durch die Versicherungen der Beteiligten, den Grundstücksbesitzern Kummer und Engelmann und des Straßenmeisters May, aufs glaubwürdigste erhärtet worden waren sowie die Bezugnahme auf noch andere Fälle brachten den Herrn Gemeindevorstand so in Aufregung, daß er sich in beleidigenden Ausäußerungen gegen den Interpellanten erging. Ueber einen gegen zwei Stimmen gefaßten Beschluß, die Interpellation zu beantworten, setzte sich der Gemeindevorstand Michael hinweg mit dem Bemerkten, er antwortete nicht, man solle sich über ihn beschweren. Ebenso ignorierte er das Verlangen des Gemeindefürstlichen Bauherrn, während der Erledigung dieser Angelegenheit den Vorsitz an ihn abzutreten, mit dem kategorischen: „Ich gebe den Vorsitz nicht ab.“ Troßdem Genosse Schumann den Gemeindevorstand nochmals auf sein unzulässiges Verhalten aufmerksam machte und darauf hinwies, daß er durch derartige Geschäfte seinem Dienst entzogen würde, so daß ein Dieb, der die Gemeinde um 7000 Mark bestohlen, leichtes Spiel gehabt, troßdem ferner Gemeindefürstlicher Bauherr sich zu der Erklärung veranlaßt sah, daß der Vorstand durch die Behandlung der sachlichen Ausführungen des Genossen Hüttner diese Angelegenheit zu einer Skandalenscene gestaltet habe, blieb er bei seiner Weigerung, die Interpellation zu beantworten. Im Gegenteil; er erhob gegen Genossen Hüttner eine Beschuldigung, die er früher in seiner Eigenschaft als Friedensrichter zwischen Genossen Hüttner und anderen Personen geschlichtet hatte. Nachdem Genosse Hüttner unter Ausrufung der Gemeindevorstandsmitglieder als Zeugen noch festgestellt, daß der Gemeindevorstand die Aussagen der beteiligten Grundstücksbesitzer als Lügen bezeichnet hatte, fand diese Angelegenheit ihre vorläufige Erledigung.

Die Pfisterung der Mittelstraße wurde als der Notwendigkeit entsprechend dem Bauausschuß zur Ausführung übertragen. Das Anerbieten der Herren Gebrüder Ulrich, die Probstheider Straße nach der östlichen Seite hin zu verbreitern und vorzugsmäßig zu befestigen unter der Bedingung, von weiteren

Straßenbaukosten auf diesem Exakte befreit zu sein, fand einstimmige Ausnahme.

**Vereine und Versammlungen.**

**Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Leipzig-St. am 14. Juli** in den Drei Mohren zu Leipzig-Anger. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Manfred Wittich über Punkt 8 unseres Parteiprogramms: Religion ist Privatsache und Diskussion hierüber; 2. Rüstungen zur Stadtverordnetenwahl; 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten; 4. Fragekasten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erklärt der Referent, nur nachwollen zu wollen, aus welchem Grunde die Religion als Privatsache zu betrachten ist. Die Geschichte der Reformation des Luther hat ihre eigene Entwicklungstheorie gehabt; anfangs war Luther ganz radikal, später hörte man ebenfalls, daß verbannt, verbrannt und gehängt wurde. Demgegenüber stellt sich die sozialdemokratische Partei auf den Standpunkt, niemals einzelne Personen zu vergewaltigen, sondern dafür zu sorgen, daß diese ebenfalls Materialisten werden. Ferner würde es gut sein, die Menschheit mit irdischen Angelegenheiten zu beschäftigen und das himmlische der Zukunft zu überlassen. Referent schildert die Weltgötterei der wilden Völker. Erst die Juden kamen zu dem Eingott-System, das von den Christen ebenfalls anerkannt wurde, unter der Devise der Dreieinigkeits. Erst nachdem Europa christlich geworden war, hat die Menschheit begonnen, sich mehr und mehr mit irdischen Angelegenheiten zu befassen. Der Referent bespricht dann die heutige Stellung der Dissidenten und erklärt eine Vergewaltigung der Meinungsfreiheit der Dissidenten durch den Staat darin, daß er verlangt, daß die Kinder in einer vom Staat anerkannten Gemeinde Religionsunterricht genießen. Der Referent betont schließlich, es sei notwendig, daß ein Volk, das an keinen Gott glaube, die Pflicht habe, dem Menschen das Leben so angenehm als nur möglich zu machen. Nachdem sich einige Genossen in ähnlichem Sinne ausgesprochen hatten, wird zum 2. Punkt der Tagesordnung übergegangen. Der Vorlesende weist auf die im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen hin und bemerkt, daß schon jetzt die gemäßigten Parteien in fieberhafter Thätigkeit sind. Redner empfiehlt unserer Partei ebenfalls eifrige Agitation. Die Bürgerrechtserwerbungen seien so schnell als möglich zu bewirken. Der Vorlesende ist der Meinung, daß mit der Wahl des Wahlkomitees nicht mehr allzu lange zu warten sei, da es in der Lage sein müsse, die ganze Materie kennen zu lernen. Nachdem sich Genosse Wittich im selben Sinne ausgesprochen hatte, wird der Antrag gestellt, diesen Punkt zu vertagen. Der Antrag wird angenommen. Zu Punkt 8 macht der Vorlesende einige Mitteilungen.

**Im Arbeiterverein Leipzig, Mühlengasse 7, II** fand letzten Sonnabend die zweite Hauptversammlung mit folgender Tagesordnung statt. 1. Bericht des Vorstandes; 2. Wahl des zweiten Vorstandes und 7 Vorstandsmitglieder nebst Ersatzleuten; 3. Verschickene. Nach dem Bericht des 2. Vorstandes wurde im ersten Vereinslokal (Mühlengasse 7, II) Unterricht erteilt in deutscher Sprache, Buchführung, Rechnen, Zeichnen, Schönheitslehre, Mundschrift, Stenographie, Englisch für Anfänger und Fortgeschrittene und Französisch. Der Unterricht wurde in 20 Stunden an 168 Mitglieder erteilt. Es übten ferner Männer- und Gemischter Chor, Dramatische und Turner-Abteilung sowie eine solche für Rebebung. Ueber die Abteilung für Rebebung ist zu berichten, daß sie sich durch den jetzigen systematischen Unterricht sehr gehoben hat. Es wurden an 10 Abenden durchschnittlich 18 Teilnehmer unterrichtet. Außerdem wurden 5 Vorträge und 8 Diskussionsabende abgehalten. Im 2. Vereinslokal Sellaerhausen übten Männerchor, Dramatische und Turner-Abteilung; auch wurde dort Unterricht in der Stenographie erteilt. Dort fanden 4 Diskussions- und 2 Vorträge statt. Hieraus geht der Kassierer den Kassenericht. Danach war am 1. Januar ein Bestand von 88,88 Mk. vorhanden, die Einnahmen betragen 204,47 Mk., insgesamt 2181,80 Mk. Die Ausgaben betragen 2167,08 Mk. Hiervon wurden unter anderem für Unterrichtswecke 748 Mk., für Zeitschriften 113 Mk., für Lokaliete 900 Mk. verwendet. Der Vorlesende führt ferner an, daß der Verein an der in Dresden stattfindenden Ausstellung für gewerbliche Unterrichtsanstalten beteiligt sei. Zum 8. Punkt wurde folgender Antrag erbracht: Die 2. Hauptversammlung des Arbeitervereins wolle beschließen, Anfang August ein Flugblatt, die Förderung der Volksschule und zur Agitation für den Verein herauszugeben. Nach längerer Debatte darüber, wie selbiges am besten zu vertreiben sei, wird einstimmig beschlossen, daß für diesen Zweck Beiträge im Verein gesammelt werden können. Der Vorlesende macht noch darauf aufmerksam, daß Sonnabend den 28. Juli ein Vortrag mit folgendem Thema stattfindet: Die Wohnungsfrage und die städtische Verwaltung. Er verweist ferner auf das am Sonntag den 7. August im Schützenhof stattfindende Sommerfest und schließt um 12 Uhr die Versammlung.

**Leipziger Angelegenheiten.**

Leipzig, 20. Juli.

**Erklärung.** Die Unterzeichneten erklären, daß das über den Baunternehmer Talkenberg in Nr. 69 der Volkszeitung in der Spalte Vereine und Versammlungen Berichtete nicht der Wahrheit entspricht und daß sie dem Herrn Talkenberg nicht nachsagen können und wollen, daß er 1 Meter unter den Ringmauern eines Hauses Sand herausgehoben und dann den Raum mit Schutt ausgefüllt habe.

Richard Weyer, Richard Illge.

**Zum Streik der Modell- und Fabrikfischer** ist mitzuteilen, daß bis jetzt 15 Firmen bewilligt haben. Noch nicht bewilligt haben folgende Firmen: Becker u. Comp. in Leutzsch, Diez u. Bisting in Meudnis, Emmerich Nachfolger in Meudnis, Th. u. Ad. Frederking in Lindenau, Max Friedrich in Plagwitz, Grob u. Comp. in Eutritzsch, R. Hermann in Städterik, Max Jahr in Leutzsch, Kirchner u. Comp. in Sellaerhausen, Kießling u. Comp. in Plagwitz, F. Knud in Plagwitz, Chr. Mansfeld in Meudnis, G. Mügge in Plagwitz, Schumann u. Comp. in Plagwitz, Schumanns Elektricitätswerke in Plagwitz, Schelter u. Giesede in Plagwitz, R. Thiele in Anger, Unruh u. Pleßig in Plagwitz, R. Webner in Sellaerhausen, H. Wagner (Schifferei) in Volkmarstorf, Schmiers, Werner u. Stein in Leipzig, Hogenfort, Mittelstraße, Schöne u. Sohn in Meudnis, A. Weidner in Gohlis, Koch in Connewitz, Fomm in Meudnis, Gb. u. Nestmann in Leipzig, Bachmann u. Keller in Meudnis, Hirtel in Plagwitz, Karl Krause in Anger, Kröner u. Reimer in Leipzig. Diese Werkstellen sind bis auf weiteres gesperrt. Arbeit aus diesen Fabriken wollen die Kollegen nicht anfertigen. Das Streikkomitee. J. A.: Karl Peter.

**Die Leipziger freie Turnerschaft** feierte am letzten Sonntag ihr Bezirksturnfest im Albertgarten. Begünstigt vom schönsten Wetter, konnte das Programm in seinem vollen Umfang abgewickelt werden. Am Festzuge, der vom Pantheon ausging, beteiligten sich annähernd 1000 Personen. Vertretungen waren von Berlin, Halle und Dresden erschienen. Nachdem der Bezirksvorsitzende einige begrüßende Worte an die schon aufmarschirten Turner gerichtet, wurden die Freilübungen von ca. 400 Turnern ausgeführt. An diese schlossen sich die Flaggendübungen der Jugendklasse und die Gerätedübungen an, woran sich 60 Riegen beteiligten. Dann wurden mehrere Reigen ausgeführt, von denen ganz besonders der der Anger

Zurgenossen großen Beifall fand. Der Verlauf des Festes war gut und der Besuch ein solcher, daß viele, die in den geräumigen Lokalen keinen Platz finden konnten, nach Beendigung der Vertheilungen den Festplatz verließen. Zu bemerken ist noch, daß es trotz der Tollfugung noch immer eine freie Turnerschaft giebt, die eine Achtung fordernde Stellung erlangt hat. Hoffen wir, daß die übrigen Turnvereine zum Nachdenken gezwungen werden.

**Kautionsfreiheit.** Auch die sächsischen Gemeindefreien wollen dem soeben erschienenen Gesetze, betreffend die Aufhebung der Verpflichtung der Staatsdiener zur Kautionsleistung, unterstellt werden. Ein dahinzielender Antrag des Vereinsbezirks Leipzig liegt bereits einer Generalversammlung in Meerane zur Beschlußfassung vor. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: Die Generalversammlung wolle mit Rücksicht auf das anerkennenswerthe Vorgehen der Gemeindefreien zu Plauen bei Dresden den Beschluß fassen, den Gemeindefreien zu bitten, bei den sächsischen Gemeindefreien dahin zu wirken, daß die Verpflichtung der Gemeindefreien zur Kautionsleistung aufgehoben wird und die bereits hinterlegten Kautionen zurückgezahlt werden.

**Universitätsnachricht.** Das Vorlesungsverzeichnis der Universität Leipzig für das Wintersemester 1898/99 ist erschienen und durch die Expedition der Universitätskanzlei, Augustinum (Kirchenflügel), oder durch die Universitäts-Buchhandlung (Dörrenstraße 9, I) zum Preise von 80 Pfg. zu beziehen.

Die auf gestern einberufene außerordentliche Generalversammlung des Centralvereins für das gesamte Buchgewerbe war nicht beschlußfähig. Die nächste Versammlung ist auf Montag den 8. August angesetzt worden. Es soll hierbei die Frage der vollständigen Unterkellern des Buchgewerbehäuses, mit dessen Bau man in kurzer Zeit beginnen will, zum Beschluß erhoben werden, damit die vorhergehende erforderliche Ausschachtung noch in der ersten Hälfte des August vorgenommen werden kann.

Mit der Vertretung des beurlaubten Friedensrichters Redder in Anger-Crottendorf auf die Zeit vom 28. bis 31. Juli 1898 ist Friedensrichter Richter in Volkmarndorf, Bergstraße 87, beauftragt worden.

Der westliche Teil des Parks bei Söllitz ist bereits vollständig angelegt, die Anpflanzungen sind vortrefflich geblieben. Die zahlreichen Ruhebänke werden fleißig benutzt. Auch der — größere — östliche Teil des Parks geht seiner Vollendung entgegen. In diesem Teil ist auch auf größere Spielplätze Rücksicht genommen worden. Fast sämtliche Grundstücke um den Park herum sind zu Bauzwecken verkauft worden und soll noch in diesem Herbst mit der Erbauung von Landhäusern begonnen werden.

Der Eisenbahnverkehr im Osten Leipzigs wird ab 1. August eine wesentliche Verbesserung dadurch erfahren, daß von diesem Tage ab die bisher nur dem Wagenladungs-Güterverkehr dienende Betriebsstelle Engelsdorf auch für den unbeschränkten Eil- und Frachtdienst, sowie für den Vieh- und Fahrzeugverkehr eröffnet wird. Die in Verbindung mit dem dortigen Rangierbahnhof bestehende Güterhaltestelle liegt annähernd gleich weit entfernt von den Orten Engelsdorf, Sommerfeld, Paunsdorf, Söllitz und Wülkau und bietet auch für die Ostvorstadt Leipzigs durch die vorhandene gute Staatsstraße bequeme Abfuhrgelegenheit.

**Arbeiterkrise.** Gestern Abend kurz nach 8 Uhr ist auf einem Meublen in der Querstraße ein bei einem hiesigen Schleifermeister beschäftigter 34 Jahre alter, in der Brandvorwerkstraße wohnhafter Dachdecker infolge eines Fehltrittes aus einer Höhe von drei Stock herabgestürzt und hat sofort den Tod gefunden. — Wegen Salzsäurevergiftung im Gesicht fand der 20 Jahre alte Arbeiter Otto G. Aufnahme im Krankenhaus. Er war in dem Geschäft, in dem er thätig war, ausgeglitten und mit dem Kopf auf ein mit Salzsäure gefüllte Gefäß gefallen, wobei sich die ätzende Flüssigkeit über den unglücklichen ergossen hat.

**Kümmelblättchen.** Ein hier vor einigen Tagen zugereister Müllergeresse ist Bauernfingern in die Hände gefallen, die ihn mit nach einem Restaurant nahmen und ihm dort im Kümmelblättchen die Uhr mit Kette abgenommen haben. Der eine der Spieler soll etwa 25 Jahre alt, lang und schlank sein, blondes Haar haben und dunkel gekleidet gewesen sein.

**Verhaftete Diebstahls.** Ein 18 Jahre alter Buchdrucker aus Chemnitz, ein 23 Jahre alter Kleiner aus Varnen und ein 27 Jahre alter Kaufmann aus Vorsigtwerf, die im dringenden Verdachte stehen, die in der letzten Zeit in hiesigen Geschäftslokale verübten Einbruchsdiebstähle begangen zu haben, sind hier aufgegriffen und festgenommen worden.

**Feuerbrand.** Infolge Explodierens eines Benzinbehälters entstand am Montag nachmittag in einer Färberei und chemischen Waschanstalt in der Dölitzscher Straße zu L.-Entrichsch Feuer. Es bedurfte einer einstündigen Thätigkeit der Feuerwehr, um den Brand zu beseitigen.

**Aus den amtlichen Bekanntmachungen.**

**Kontursverfahren.** Ueber das Vermögen des Kaufmanns Karl Felly Ahlemann, Inhabers des Stroß- und Filzgeschäftes unter der Firma: Karl Felly Ahlemann hier, Petersstr. 29, wurde das Kontursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt B. Freitag wurde zum Kontursverwalter ernannt. Kontursforderungen sind bis zum 6. August 1898 bei dem Gerichte anzumelden.

**Soziale Rundschau.**

**g. Zwickau, 20. Juli.** Der auf dem diesjährigen Berg- und Hüttenarbeiter-Kongress wegen Mangels an finanziellen Mitteln noch einmal abgelehnte Antrag, das Verbandsorgan achtschäftig erscheinen zu lassen, kommt vielleicht mit Anfang nächsten Jahres doch zur Durchführung, da Verhandlungen mit den Inhabern der hier erscheinenden Bergarbeiterzeitung „Glück auf“ gepflogen werden, welche daraus hinzuziehen, dieses Organ mit der in Bochum erscheinenden Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterzeitung zu verschmelzen. Eine intensivere Agitation für den Verband in Sachsen, wo er erst gegen 2000 Mitglieder zählt, und eine größere Einheitlichkeit in der deutschen Bergarbeiterbewegung würde damit sicher erzielt.

**Beuthen i. Oberfchl., 19. Juli.** Nach Meldungen aus Orzegow sind bei dem Anfälle in dem gräflich Schaffgotsch'sch-Bothhardt-Schachte der Paulinsgrube bei Morgenrot im ganzen 26 Personen verunglückt, von denen 25 ums Leben

kamen. Der Häuer Kurel lebt und befindet sich den Verhältnissen entsprechend wohl. Die Verunglückten werden am Donnerstag von der Leichenkammer in Orzegow aus in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt.

**Genf, 19. Juli.** Der Zustand der Bauhandwerker nimmt nach offiziellen Mitteilungen einen beunruhigenden Charakter an. Die Ausständigen besetzen einige Baustellen, von denen sie durch Gendarmerie vertrieben wurden; sie warfen einige Wagen mit Material um. Die Regierung ergrieff nachdrückliche Maßregeln; Infanterie und Kavallerie wurden unter die Waffen gerufen. Nachmittags gab ein spanischer Anarchist einen Revolvererschuss auf einen Gendarmen ab; er wurde verhaftet.

**Wohnungswucher in London.** In welcher entsetzlichen Weise die ärmeren Klassen in manchen Quartieren von London ausgebeutet werden, davon geben folgende Mitteilungen, die wir der Sozialen Praxis entnehmen, den Beweis:

Vorigen Sommer wurde in Spitalfiel ein Block von 18 Ketten, nur je zwei Zimmer enthaltenden Häuschen verkauft. Die bisherige Miete für jedes hatte 4 Schilling 6 Pence wöchentlich betragen. Der neue Besitzer kündigte allen Bewohnern und die neuen Mieter, meist Eingewanderte, hatten nicht nur eine einmalige Prämie von 30 oder 40 Schilling für den Vorzug, in den Häusern überhaupt wohnen zu dürfen, zu bezahlen, sondern es wurde die Miete auf 7 Schilling 6 Pence wöchentlich erhöht. Seitdem sind abermals sieben von diesen Wohnungen verkauft worden, was eine neue Mietssteigerung auf 8 Schilling mit sich brachte. In derselben Straße wurden ungefähr gleichzeitig acht Häuser mit je drei Zimmern verkauft; damit war die Entrichtung einer Prämie von 3 Pfund und einer Steigerung von 7 1/2 auf 18 Schilling wöchentlich für die neuen Mieter verbunden. Vor wenigen Jahren wurde eine Reihe Häuser in Old Montague Street erbaut, die selbst von einer Hand in die andere gewandert sind. Jedesmal wurden die Mieten erhöht, so daß z. B. eine Wohnung von zwei Zimmern und einer Küche im Parterre, die ursprünglich 9 Schilling 6 Pence gekostet hatte, jetzt 15 Schilling wöchentlich bringt.

Natürlich führt ein derartiger Wohnungswucher — die Einzelfälle sind dem Lohnberichts für den Monat Juni entnommen — zu Aermerte und Ueberfüllung der Wohnungen.

**Gerichtssaal.**  
Schöffengericht.

Leipzig, 19. Juli.

Am 22. März fand im Albergarten zu L.-Anger eine Maurerverammlung statt, die sich mit der Lage der damaligen Lohnbewegung beschäftigte. In dieser Versammlung wurde auch die Vornahme der Bauunternehmer Talsberg und Schubert einer Kritik unterzogen. Von Talsberg hatte Genosse Weyer behauptet, daß er fast in dem ganzen Keller eines Neubaus bis dicht an die Ringmauern den Sand bis 1 Meter tief ausgehoben und dann die Höhlung mit Schutt ausgefüllt habe. In dem Bericht über jene Versammlung in Nr. 69 vom 25. März der Leipziger Volkszeitung war diese Beschuldigung Weyers verdrängt worden. In dem Bericht heißt es: „So habe der erstere (Talsberg) den Sand einen Meter unter den Ringmauern des Hauses herausgehoben und dann den Raum mit Schutt ausgefüllt“. Wäre der Sand unter den Ringmauern ausgehoben worden, so würde dies den Einsturz zweifellos zur Folge gehabt haben. Aber auch das Herausheben des Sandes, wie es Weyer behauptet hatte, verstößt gegen die allgemeinen Bauregeln. In Nr. 72 der Volkszeitung berichtete Herr Talsberg den erstellten Passus des Berichtes in der Leipziger Volkszeitung. Er bestritt, den Sand unter den Ringmauern herausgehoben und den Raum mit Schutt ausgefüllt zu haben. „Da diese Angaben“, so heißt es in der Berichtigung, „von einem von mir entlassenen Gesellen der Wahrheit zuwider gemacht worden sind, habe ich unterm 28. März 1898 durch die Baukommission der Gemeinde Söllitz den betreffenden Neubau untersuchen lassen. Dabei hat sich herausgestellt, daß keiner der in dem Artikel der Volkszeitung gerügten Mängel besteht.“ Hierauf antwortete Genosse Weyer in Nr. 75 der Volkszeitung, daß er für den ungenauen Bericht in Nr. 69 nicht verantwortlich sei, daß er im übrigen aber seine Behauptungen, nämlich daß der Sand bis dicht an die Ringmauern herausgehoben und dann mit Schutt ausgefüllt worden sei, was auch den allgemeinen Bauregeln widerspreche, aufrecht erhalte. Wegen des Berichtes in Nr. 69 hatte Talsberg gegen den Genossen Richard Weyer und gegen Genossen Richard Illge, der jene Nummer verantwortungsgleichzeitig hatte, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In der Sache wurde heute vor dem Schöffengericht verhandelt. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich. Die Beklagten verpflichteten sich zu einer Erklärung in der Volkszeitung, die die Leser im lokalen Teile der heutigen Nummer finden, und zur Tragung der Kosten. Da in dem Bericht in Nr. 69 durch die Schuld des Berichterstatters objektiv etwas Unwahres behauptet worden war, was zur Beurteilung Illges hätte führen müssen, so nahm Weyer keinen Anstand, auf den Vergleich, wie er von dem vorstehenden Richter vorge schlagen worden war, einzugehen. Er erklärte aber wiederholt in der Verhandlung, daß er das, was er in jener Versammlung am 23. März gesagt, aufrichterhalte und dafür eventuell den Beweis der Wahrheit antreten werde. Die geladenen Entlastungszeugen konnten, ohne vernommen worden zu sein, wieder abtreten. Mit dem Ausgange des Prozesses kann namentlich auch Herr Talsberg zufrieden sein, da ihm durch den Vergleich eine zweifellosg un günstige Beweisaufnahme erspart worden ist.

**Von Nah und Fern.**

Auch einer.

Eine Skandalaffäre, in deren Mittelpunkt ein Geistlicher steht, bildet in Altena das Tagesgespräch. Der Pfarrer Thimmel, der Bruder des bekannten Reichsdecker Pastors, ist vom Amte suspendiert und verhaftet, aber nach seiner Vernehmung wieder freigelassen worden. Gerüchte, die bis jetzt nicht kontrolliert werden können, bringen den Geistlichen mit dem Selbstmord der Frau des dortigen Fabrikbesizers Klinker in Verbindung. Thatsache ist, daß Klinker dem Pfarrer Thimmel vor kurzem eine Duellforderung zugehen ließ, die dieser jedoch ablehnte, so daß er aus dem Reserveoffiziercorps ausscheiden mußte. Bei der Affäre sollen auch Geldangelegenheiten im Spiele sein.

Hagelwetter.

**Warschau, 20. Juli.** Ein fürchterliches Unwetter mit Hagel richtete in Stadt und Umgebung großen Schaden an. Mehrere Personen wurden vom Blitz getötet.

**Vermischtes.**

**Wie ein Gefängnisinspektor sich selbst einsperren mußte.** Eine drollige Geschichte, die von einem Gefängnisinspektor handelt, der an sich selbst eine Arreststrafe vollziehen mußte, wird dem Berliner Tageblatt aus dem Elsaß mitgeteilt. Sein Gewährsmann erzählt:

In Ensisheim ist der ehemalige Zahnteilraspirant Herr Goesch als Gefängnisinspektor angestellt. Er hatte aus irgend einem Grunde einen Befcheid des Bezirkskommandos Gehweiler erhalten unter der Adresse: „An den Zahnteilraspiranten z. Goesch.“

Herr Goesch schrieb dem Bezirkskommando, daß er nicht mehr Zahnteilraspirant sei, sondern Gefängnisinspektor, und er glaube insbesondere bei der Adressierung das Prädikat „Herr“ beanspruchen zu dürfen. Davon wurde ihm erwidert, daß es beim Militär Vorkrist wäre, die Mannschaften vom Feldwebel abwärts mit Namen und Charge anzureden. Herr Goesch äußerte sich über diesen Befcheid in einem gereizten Briefe an den Bezirkskommandeur und sagte unter anderem: „er hätte die erste Adresse für die Ungezogenheit eines Schreibers gehalten, wäre aber durch die letzte Antwort leider eines Besseren belehrt worden.“ Dieser Bemerkung wegen wurde gegen ihn ein militärgerichtliches Strafverfahren eingeleitet. In Wülhausen wurde der Gefängnisinspektor denn auch zu 30 Tagen Arrest verurteilt. Infolge eines Gnabengefuchs wurde die Arreststrafe auf 10 Tage ermäßigt, die der Gefängnisinspektor nunmehr in dem von ihm selbst geleiteten Gefängnis verbüßt hat.

**Vereinskalendar für Wurz.**

- Sozialdemokratischer Wahlverein für den 11. sächsischen Reichstagswahlkreis. 1. Vorsitzender Max Wuder, Wurz, Jakobspfad 18. Verein Gewerkschaftsarbeit. Am letzten Dienstag im Monat regelmäßig Sitzung. 1. Vorsitzender Oswald Wöhlisch, Querstr. 9, II. Metallarbeiter-Verband. Vertrauensmann Robert Müller, Querstraße 28, II.
- Bereinigung der Maler. Vertrauensmann Franz Müller, Torgauer Straße 16.
- Verband der Maurer. Vertrauensmann Richard Schneider, Bettliner Straße 24.
- Verein der Schuhmacher. Vertrauensmann Paul Thomas, Gollmeyer Straße 80.
- Verband der Holzarbeiter. Stellvertreter Vertrauensmann August Gestein, Bettliner Straße 10.
- Verband der Buchdrucker. Vertrauensmann Heinrich Stenbers, Schrollstraße 7.
- Verband der organisierten Tabakarbeiter. Vertrauensmann Genosse Schleider, Dresdener Straße 20.
- Verband der Zimmerer. Vertrauensmann Franz Reinhardt, Torgauer Straße 17.
- Verband der Bau-, Hand- und Slegelarbeiter. Vertrauensmann Theodor Wandel, Poststraße 5.
- Partei- und Verkehrslokal Stadt Wien, Jakobsgasse 18.
- Arbeiter-Gesangsverein. 1. Vorsitzender Emanuel Fischer, Kaiser Wilhelm-Straße 11. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr in Stadt Wien.
- Arbeiter-Turnverein. 1. Vorsitzender Emil Martin, Lange Gasse 80. Turnwart Eduard Schulze, Weiße 15. Jeden Montag und Donnerstag abends Turnstunde in der Turnhalle der Mädchen-Bürgerstraße.
- Arbeiter-Radsportverein. Vorsitzender P. Thiele, Stadt Wien. Vereinslokal Stadt Wien.

**Theatervorstellungen.**

Neues Theater.

Mittwoch den 20. Juli: 198. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün). Der eingebildete Kranke. Lustspiel in 3 Akten (ohne Falten des Vorhangs) von Molière. Uebersetzt von Daudifin. Regie: Ober-Regisseur Adler.

Argan	.....	Fr. Scarle
Beline, dessen zweite Frau	.....	Fr. Wanda
Angelique, Argans Tochter	.....	Fr. Rudolf
Douillon, ihre kleine Schwester	.....	Jenny Falk
Verde, Argans Bruder	.....	Fr. Thiele
Cleante	.....	Fr. Otto
Doktor Diafoirus	.....	Fr. Krause
Thomas Diafoirus, dessen Sohn	.....	Fr. Feistel
Doktor Burgon, Argans Arzt	.....	Fr. Ernst Müller
Restaurant, Apotheker	.....	Fr. Huth
Herr de Bounefou, Notar	.....	Fr. Körner
Toinette, Argans Dienstmädchen	.....	Fr. Dallberg
Diener	.....	Fr. Kessler, Janisch

Scene: Paris, Zimmer des Herrn Argan. — Zeit: 1868.

Hierauf:

Die Komödie der Zerrungen.

Lustspiel in 3 Akten von Shakespeare. Regie: Ober-Regisseur Adler.

Sollinus, Herzog von Ephesus	.....	Fr. Franke
Megeon, Kaufmann aus Syrakus	.....	Fr. Vorberdt
Antipholus von Ephesus } Zwillingenbrüder und	.....	Fr. Stephan
Antipholus von Syrakus } Söhne des Megeon	.....	Fr. Otto
Dromio v. Ephesus } Zwillingenbrüder u. Sklaven	.....	Fr. Franz
Dromio v. Syrakus } der beiden Antipholus	.....	Fr. Hänfeler
Balthasar	.....	Fr. Normann
Pietro	.....	Fr. Wad.
Antonio	.....	Fr. Weiner
Angelo, Goldschmied	.....	Fr. Unger
Doktor Jwiz, Schulmeister und Beschwoerer	.....	Fr. Scarle
Ein Beckermeister	.....	Fr. Edmann
Ein Gerichtsdiener	.....	Fr. Schintebede
Ein Diener Adrianas	.....	Fr. Thiele
Moriana, Gattin des Antipholus von Ephesus	.....	Fr. Wanda
Luciana, deren Schwester	.....	Fr. Laue
Julia, eine Witwe	.....	Fr. Friele
Aemilia, Aeblistin, Megeons Gattin	.....	Fr. Weigel

Gerichtsdienere. Gefolge des Herzogs. Diener. Volk.

Nach dem 1. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 1/10 Uhr. Schauspiel-Preise. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Festtags von 10/), bis 8 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 80 Pfg.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Donnerstag: Mobe. Freitag: — Weint. Samstag: Bei Wasser und Brot. Sonntag: 7 Uhr. — Freitag: Ein Glas Wasser. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Unbestimmt.

Altes Theater.

Heute und morgen: Geschlossen.

**Küchenzettel der sächsischen Speiseanstalten.**

Donnerstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Reis und Roggtrab mit Rindfleisch. Speiseanstalt II (Molienthalgasse): Zungengülte mit Schöpfenstisch.

**Briefkasten der Redaktion.**

N. 3. 000. Sie leben gemeinschaftlich ohne staatliche oder kirchliche Trauung, aber erst nach dem Tode von Aebeling erster Frau N. 3., Leipzig. Inserat nicht in unsere Hände gelangt.

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Verein Vorwärts Leipzig. Züb. Gauderfest zu Conventy. Abends 7/9 Uhr.

Ankunft in Rechtsfragen.

R. S., Plagwitz. Für die Wäsche können Sie Bezahlung verlangen, ebenso Schadenersatz für die verdorbenen Sachen und die Mündigungszeit. Verhalten Sie den Schrank bis Bezahlung erfolgt. Bedauern dürfen Sie ihn nur durch den Gerichtsvollzieher lassen.

G. G., Josephinenstraße. Wenn Sie den Vertrag, wonach vierteljährliche Kündigung gelten soll, unterschrieben haben, haben Sie keine längere Kündigungsfrist zu beanspruchen.

R. A., Comenwin. Wenn die Versicherung nicht wahr wäre, so läge Betrug vor. Wir können Ihnen natürlich keinerlei Gewähr für die dauernde Sicherheit bieten.

100. 1. Wenn Ihnen die Gelder ausdrücklich zu dem bestimmten Zwecke übergeben wurden, so können Sie sie bis zum Eintritt des in Aussicht genommenen Zeitpunktes weiter verwalten. 2. Sie haften für Schulden, die die Tochter zum Zwecke des Lebensunterhaltes macht.

R. A., Plagwitz. Sie müssen sich an das Armenamt wenden. Ob Sie das gewünschte Altest erhalten, hängt von den Einkundigungen ab, die das Armenamt über Ihre Verhältnisse einlegen kann.

R. S. Sie müssen für dies Jahr noch die Steuern bezahlen. R. W. 00. Solche Anstalten existieren nicht.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 19. Juli 1898. (Mitgeteilt von Gebrüder Glass.)

Table with 2 columns: Commodity (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Oel, Raps) and Price/Status (inländischer, ausländischer, etc.).

Table with 2 columns: Commodity (Maiz, Weizen, Roggen, etc.) and Price/Status (Anssoramtlich, loco, etc.).

Margarine advertisement for Wahnschaffe & Co. Cleye, featuring a circular logo with 'Margarine' and 'York Butter' text.

Pinkau & Gehler Photographisches Atelier advertisement, located at Turnerstrasse 11, Leipzig.

Zu haben in den meisten Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Handlungen.

Dr. Thompsons Seifenpulver advertisement, featuring a swan logo and 'Schutz-Mark' text.

Waschmittel der Welt. Man achte genau auf den Namen „Dr. Thompson“ und die Schutzmarke „Schwan“.

Photograph. Atelier Bruno Riedel advertisement, Nr. 9 Rosenthalg., Leipzig.

Robert Barth advertisement, Kurprinzstrasse 24, Leipzig, featuring a baby carriage image.

Billig! Billig! 25 Bettstellen mit Matratzen advertisement, S. Oswald, Königsplatz 7, Leipzig.

Rester! advertisement, featuring a bicycle image and listing various goods like Buckskin, Cheviot, etc.

Halt! Wohin? advertisement, featuring a pocket watch image and listing watch services.

Schuhwaaren Lager advertisement, featuring a shoe image and listing various shoe types.

Schuhwaren advertisement, featuring a shoe image and listing various shoe types.

Glocken advertisement, featuring a bell image and listing various bell types.

Gustav Hoffmann advertisement, featuring a building image and listing various services.

Leiterwagen advertisement, featuring a carriage image and listing various carriage types.

Luitingmarken advertisement, featuring a logo and listing various brand marks.

Gohlis, Georgstrasse 33 advertisement, featuring a building image and listing various services.

Möbel Spiegel- und Polsterwaren advertisement, featuring a furniture image and listing various furniture types.

Dauerhafte Bettstellen advertisement, featuring a bed image and listing various bed types.

Billards, A. Immisch advertisement, featuring a billiard table image and listing various billiard services.

Neugebauer advertisement, featuring a building image and listing various services.

Ein Kinderwagen billig zu verkaufen. Güterb. Kinderwagen billig zu vert. Kleine Burggasse 6, IV. links.

Ein Wädelord und Havelord billig zu verkaufen. Neudorfer Str. 19, III. l.

Ein junger Fopierier billig zu verkaufen. Ulrichsstraße 50, I. r.

Wohnungsanzeigen. Leere freundl. Stube zu vermieten. Schönefeld, Dimpfelstraße 27, III. r.

Vermischte Anzeigen. Storfettwärerinnen sucht Heinrich Reiter, Läubchenweg 19/21.

Gesucht wird von einem älteren Herrn (Pensionär) eine Haushälterin.

Todesanzeige. Am Montag den 18. Juli starb nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Tischler Rudolf Kiel.

Genossen. Kleiner Gasthof in der Nähe von Oschay sof. veräußert. Preis 26500 Mk.

Einziehung v. Forderungen. Art. i. p. Deutschl. Gesetze.

Wäsche wird sauber u. billig gestickt. Arnstadtstraße 46, S. I. Et. r.

Familienanzeigen. Fräulein D. u. a. d. Sofa binden; Sonnt. Ringkampf a. d. Fische. Wiesen.

Wir gratulieren D. u. D. 62. Wiegensfeld. Linden, Merseburger Str. 61, I. W. W. Sch.

Richard Spamer lebe hoch. E. R.

Wir gratulieren D. u. D. 62. Wiegensfeld. Linden, Merseburger Str. 61, I. W. W. Sch.

Richard Spamer lebe hoch. E. R.

Wir gratulieren D. u. D. 62. Wiegensfeld. Linden, Merseburger Str. 61, I. W. W. Sch.

Richard Spamer lebe hoch. E. R.

Wir gratulieren D. u. D. 62. Wiegensfeld. Linden, Merseburger Str. 61, I. W. W. Sch.

Richard Spamer lebe hoch. E. R.

Wir gratulieren D. u. D. 62. Wiegensfeld. Linden, Merseburger Str. 61, I. W. W. Sch.

Richard Spamer lebe hoch. E. R.

Wir gratulieren D. u. D. 62. Wiegensfeld. Linden, Merseburger Str. 61, I. W. W. Sch.